

Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Sonntag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,40 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft mbH, Halle, Bergholzstraße 14, Tel.: 210-45 (Abt.); 210-47 (Berlag)

Mit dem Internationalen Arbeiter-Zeitungs „Der Rote Stern“

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte 1 Zeile. In Textzeile. Anzeigen: Reichsbank des Sozialisten Halle; Gommers- und Pionier-Haus Halle. Publikationspreis: Bezugsjahr 1931 24,71. Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft mbH, Halle, Bergholzstraße 14

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 28. Dezember 1931

11. Jahrgang Nr. 244

Kriegsprovokateure sind am Werk!

Bereiteter Gesandtenmord in Moskau

Scheinattentat auf japanischen Gesandten geplant — Die tschechischen Basillen des französisch-japanischen Imperialismus — Das internationale Proletariat muß auf der Hut sein!

Wie die amtliche Telegraphenagentur der Sowjetunion mitteilt, wurde dieser Tage in Moskau eine in der Geschichte der internationalen Diplomatie beispiellose Kriegsprovokation des französisch-japanischen Imperialismus gegen das erste proletarische Land der Welt aufgedeckt, deren einziges Ziel war, den offiziellen Anlaß für den Ausbruch des Krieges zwischen Japan und der Sowjetunion zu schaffen.

Nach der Mitteilung der Telegraphenagentur der Sowjetunion hat sich am 22. Dezember der Mitarbeiter des Volkstommissariats für Verkehrsweisen G. an das Kommando der GPU mit der Erklärung gewandt, daß er seit mehr als drei Jahren eine Bestandsliste mit dem tschechoslowakischen Legationsrat Dr. Wanjek unterhalte, die ursprünglich auf Grund gemeinsamer Interessen für Antiquitäten zustande kam.

In der späteren Zeit hat G. Dr. Wanjek Mitteilungen über den Bau neuer Eisenbahnlinien in der UdSSR gemacht. Seit Anfang Dezember dreht sich die Geographie nur noch über die Vorgänge in der Mandchurie.

Dabei hat Wanjek nicht weniger als dreimal dem G. den Vorschlag gemacht, einen Anschlag auf den japanischen Botschafter in Moskau zu organisieren, was unbedingt zu einem Kriege zwischen Japan und der Sowjetunion führen müsse. Dr. Wanjek hat in dem dritten Gespräch erklärt, es komme

nicht darauf an, den Botschafter zu töten, sondern es würden für den erhofften Zweck ein paar Revolverschüsse in die Scheiben des Botschafterautomobils in den Straßen von Moskau genügen.

G. erklärte in seiner Mitteilung an die GPU, er habe erkannt, „zu welcher fürchterlichen Rolle eines Kriegsprovokateurs ihm sein Gesprächspartner gebrauchen wollte. Angehts dieser Aufgabe“, erklärt G., „entschloß ich mich, die Angelegenheit der GPU zu übergeben, um mich von der schweren Schuld loszusagen, welche ich begangen habe, indem ich mich, infolge meiner Unerschrockenheit, in eine derartige schmutzige und schändliche Arbeit gegen mein Vaterland verwickeln ließ.“

Nach Erhalt der Mitteilungen über die schon erwähnte Tätigkeit des betreffenden Mitgliedes der ausländischen Mission und nach Überprüfung einiger in der Erklärung G. gemachter Angaben erhob das Volkstommissariat für auswärtige Angelegenheiten beim Chef der Mission die Forderung, das betreffende Mitglied in kürzester Frist

aus der UdSSR abzurufen, da er als Inhaber der diplomatischen Immunität in der Sowjetunion nicht vor Gericht gestellt werden kann. Die Forderung des Volkstommissariats für auswärtige Angelegenheiten über die Aberufung des Mitgliedes ist erfüllt worden. Dr. Wanjek ist bereits im Auslande.

Die Tatsache, daß es sich bei dem Werkzeuge der Welt imperialisten gerade um ein Mitglied der diplomatischen Mission der tschechoslowakischen Regierung handelt, ist außerordentlich wichtig, da es nicht etwa nur der japanische Imperialismus, sondern wirklich der Weltimperialismus die Hand im Spiele hat. Die tschechoslowakische Mission ist nämlich wie militärisch auf das engste mit dem französisch-japanischen Imperialismus verbunden, der wiederum wie jetzt gerade die Bolschewikendiktatur über den mandchurischen Konflikt gezeigt haben, zu dem einzigen Verteidigern der Haltung Japans in Genf gehörte.

Überdies hat die tschechoslowakische Bourgeoisie ein direktes Interesse an der Ausbeutung des japanisch-mandchurischen Konflikts zu einem russisch-japanischen Krieg. Der größte Nützlichkeitsbetrieb der tschechoslowakischen Mission, die Soda-Werke, macht bereits seit Beginn des japanischen Überfalls auf die Mandchurie glänzende Geschäfte. Aber nicht nur die Soda-Werke, auch die Wallenfabrik der mit ihnen eng verbundenen tschechischen Schmelz-Grubenwerke liefern ununterbrochen Waffen für den japanischen Imperialismus. Wäre der verbrecherische Anschlag geglückt, der nur an der Wachsamkeit der GPU scheitert ist, würde die Welt heute in Flammen!

Für die Arbeiterklasse der ganzen Welt ist dieser neue Beweis der alten Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion ein Alarmsignal, die Wachsamkeit der Arbeitermassen in allen Ländern zu verdoppeln und die Bereitschaft zur Verteidigung des Vaterlandes aller Weltkrieger gegen den blutigeren Imperialismus zu verstärken.

Den Kriegsgehehen, den Waffenfabrikanten, den Todfeinden der Sowjetunion und der internationalen Arbeiterklasse ist ein verbrecherischer Anschlag missglückt. Es wird nicht der letzte Versuch sein.

Seid auf der Wacht!

Chemie-Proleten rüsten zum Kampf!

Chemie-Konferenz appelliert an alle Chemie-Arbeiter und Angestellten Mitteldeutschlands

Halle, 28. Dezember.

Gestern tagte hier eine Delegierten-Konferenz für die chemische Großindustrie. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem unannehmbaren Lohnabbau, der am 1. Januar in Kraft treten soll und fasste einstimmig den Beschluß, einen Appell, den wir in seinem wichtigsten Teil nachstehend abdrucken, noch einmal an alle Arbeiterorganisationen in den Chemiefabriken herauszugeben. In diesem Kampfpapier heißt es:

In der Stunde größter Gefahr für das Proletariat wenden sich die Delegierten der mitteldeutschen Chemie-Konferenz an alle Kollegen und Klassengenossen.

Es ist genug des Hungers! Wir können keinen Pfennig Lohnabbau mehr vertragen. Am 25 Prozent Ingeamt sollen — nach dem Willen der Chemieführer — wiederum unsere Löhne gekürzt werden durch Schlichterarbeit, durch tappenweisen Abbau der Tariflöhne, durch Verletzung der Präzedenz und der letzten Reste der Verteilungsgläubigkeit.

Neue Rationalisierungsmethoden, mehrere Maschinenstellungen auf den Kapitalisten der TG trotz der gewaltigen Wirtschaftskrise ihre Rationalisierungsprojekte führen.

Die roten Betriebsräte des Leuna-Werkes und die Betriebsräte anderer chemischer Großbetriebe haben mit Recht den Lohnabbau abgelehnt. Sie lehnen auch mit Recht jede Verhandlung darüber ab, weil sich durch Verhandlungen kein Lohnabbau verhindern läßt. Die härteste Waffe gegen den Lohnabbau, gegen die Kapitalisten besteht die Arbeiterklasse selbst.

Alar sind die Fronten. Die Gewerkschaftsführer der realen Gewerkschaften werden nicht zum Streit aufrufen. Sie bevorzugen ja Beirung und leisten der Durchführung der viersten Lohnveränderung aktive Hilfe. Sie werden sich auch diesmal hinter dem Hinten des Schlichters verstellen. Sie werden auch diesmal ihren nachfolgenden Führern nicht die geringsten Taten folgen lassen. Einheit kann nicht von und mit den Gewerkschaftsführern in der Arbeiterklasse kommen. Die rote Einheit, die Kampfeinheit wird nur von unten durch uns selbst geschaffen.

Chemie-Arbeiter und Angestellte!

Schloß in allen Betrieben und Abteilungen Kampfausgänge, rüsst alle Kollegen an! Wir sind eine Wacht, vor der die Chemiegewaltigen erzittern, wenn wir uns einig sind!

Weg mit den Argumenten reformistischer Führer, man könne nicht kämpfen ohne gestützte Gewerkschaften, man müsse erst alle hundertprozentig organisieren! Weg mit dem demagogischen Gerede, daß die Erwerbslosen nur darauf warten, streitenden Arbeitern in den Rücken zu fallen. Die Erwerbslosen und die gesamte Arbeiterklasse werden den Kampf der Chemieproleten mit der größten Aktivität unterstützen.

Sein Sünden mehr, Klassengenossen! Mobilisiert Mitteldeutschlands Gewerkschaften zum Kampf. Ob kommunistisch, ob Sozialdemokratisch oder parteiloser Arbeiter, wir alle müssen uns gemeinsam wehren gegen den Hunger. Wir müssen gemeinsam kämpfen für die Verteidigung der Tariflöhne einschließlich aller Zulagen gegen Entlassungen, für Wiedereinstellung der entlassenen Kollegen in den Produktionsprozess und für die Forderungen unserer roten Betriebsräte, wie sie im Leuna-Werk, in der Filialfabrik Witten und in der DCF Eisenbau aufgestellt wurden!

Leuna mobilisiert!

Wir werden euch, noch einmal auf die vom Betriebsrat des Leuna-Werkes angesetzten Wirtschaftsverhandlungen aufmerksam zu machen.

Heute, am Montag, dem 28. Dezember, findet die Wirtschaftsverhandlung in Halle, „Gesellschaftshaus“, Leipziger Straße, 20 Uhr, statt.

Dienstag: Am Dienstag, dem 29. Dezember, 20 Uhr, „Kampfbüro“.

Mittwoch: Am Mittwoch, dem 30. Dezember, 20 Uhr, „Kampfbüro“.

Freitag: Am Freitag, dem 2. Januar, 20 Uhr, „Kampfbüro“.

Eintritt überall nur gegen Leuna-Ausweise!

Erwerbslose im Rathaus!

(Eig. Bericht.) Holzweißig, 28. Dezember.

Kurz vor den Feiertagen bemüht sich der hiesige Erwerbslosen eine große Erwerbslosen, weil es hier, daß sie keine Winterhilfe erhalten. Etwa 200 Erwerbslose begaben sich ins Rathaus und verhandeln mit dem Gemeindevorsteher. Der Gemeindevorsteher sah sich letzten Endes veranlaßt, die Anweisung auf Zahlung eines Vorkaufes in Form von Gutscheinen zu geben, und zwar in Höhe von 4 Mark an die Ledigen und 8 Mark an die Verheirateten.

Der „Weihnachtsburgfrieden“

Arbeiter erschossen und schwer verletzt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Dezember.

In Schwante bei Kremmen kam es während einer Stahlhelmveranstaltung gestern zu Zusammenstößen mit Arbeitern. Dabei wurden von der einseitigen Polizei ein Arbeiter getötet und ein zweiter schwer verletzt.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Dezember.

Der „Tag“ meldet, daß es in Breslau zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen ist, wobei ein Nationalsozialist schwer und vier weitere Personen leicht verletzt wurden.

„Heiliger Abend“ und Erwerbslose

Wir haben Mitteilungen darüber erhalten, daß am sogenannten „heiligen Abend“ Erwerbslose ihre Meinung über das Weihnachtsfest auf den Straßen durch Streikreden immer wieder zum Ausdruck brachten. Auch in Halle und Wilmendorf ereigneten sich solche Kundgebungen. Zu besonderen Zwischenfällen ist es, obwohl die Polizei alarmiert wurde, anlässlich dieser Kundgebungen nirgends gekommen.

„Brüder, zum Lichte empor!“

Auf der letzten besonderen Tagung des Zentral-Exekutiv-Komitees der Union Sowjetischer Sowjetrepubliken sprach unter stürmischen Beifall Genosse Molotow zum ersten Punkt der Tagesordnung: Kontrollfragen der Volkswirtschaft der Sowjetunion für das Jahr 1932.

Das Wesen des Genossen Molotow

Genosse Molotow zeichnet zunächst in markanten Strichen die Verteilung und Verlagerung der Kräfte in den kapitalistischen Ländern und die gleichzeitige wirtschaftliche Blüte der Sowjetunion.

Er stellt gegenüber die fürchterliche Verelendung der werktätigen Massen in den Ländern des Kapitalismus und die unentwegte Verbesserung der materiellen Lage der Werktätigen der Sowjetunion. Der Weg des Kapitalismus ist der Weg des Verfalls, der Krise und der Verelendung der Werktätigen. Der Weg des Sozialismus ist der Weg des wirtschaftlichen Wachstums und der Verbesserung der Lage der breiten Massen.

Genosse Molotow betont, daß sogar das bürgerliche Deutsche Institut für Konjunkturfragen zugab, daß die Weltweite Entwicklung der Kräfte und eben einer Einschränkung der Produktion und des Handels in der ganzen kapitalistischen Welt eine Entfaltung aller dieser Gebiete in der Sowjetunion haben. Sogar Otto Bauer, der Führer der organisierten Kapitalisten, muß zugab, daß der Weltmarkt vorhanden ist, und nur in der Sowjetunion Entfaltung und Aufschwung da sind.

Fünfjahresplan der Industrie überflügelt

Genosse Molotow geht dann zur Charakteristik der Kontrollfragen für das Jahr 1932 über. Er erklärt:

In einer Reihe von Industriezweigen — Traktorenbau, Maschinenbau, Metallindustrie, Elektroindustrie und Erdölindustrie — ist der Fünfjahresplan bereits in drei Jahren erfüllt worden. In anderen Industriezweigen hat bei dem im Fünfjahresplan gestellten Aufgaben bereits im Verlaufe von drei Jahren mehr als erfüllt. Der Fünfjahresplan sah für 1932 eine industrielle Gütererzeugung im Werte von 33.495 Millionen vor. Tatsächlich haben wir während dieser drei Jahre eine Gütererzeugung im Werte von 221.107 Millionen Rubel. Der Fünfjahresplan sah 47 Milliarden Rubel Kapitalanlage vor. Bereits im Laufe der ersten drei Jahre wurden 33 Milliarden Rubel angelegt, was zusammen mit der für 1932 vorgesehenen Kapitalanlage von 21 Milliarden 54 Milliarden Rubel ausmacht.

Genosse Molotow betont, daß die Hauptaufmerksamkeit im Jahre 1932 auf die Hüttenindustrie, auf die Holzindustrie und auf das Transportwesen konzentriert werden muß. Wichtig ist es, daß wir in diesem Jahre neuen Hochöfen — erklärt Genosse Molotow ironisch — das Ausblauen von Hochöfen in den kapitalistischen Ländern „wettzumachen“. Es hat sich aber herausgestellt, daß uns die kapitalistischen Länder bereits im Jahre 1931 „überflügelt“. Die Vereinigten Staaten haben im laufenden Jahre 24 Hochöfen ausgebaut, Großbritannien 22 und Deutschland 21.

Vor dem Siege der Kollektivierung

Auf dem Gebiet der Landwirtschaft war bereits 1932 100 Prozent der Fläche für das erste Jahr des Fünfjahresplans vorgehoben war. Die Kollektivierung der Hauptgetreideernte war bereits in diesem Jahre beendet und wird in den übrigen Monaten im Laufe des Jahres 1932 vollendet. Im nächsten Jahr vergrößert sich der Traktorenpark der Kollektiven der Sowjetunion um eine Million PS. Die Zahl der Maschinen- und Traktorenstationen vergrößert sich im nächsten Jahr um 1700. Im nächsten Jahr wird es seinen eigenen Wagen ohne Maschinen- und Traktorenstationen geben, und einige Wägen werden mehr als eine Station haben.

Die Löhne steigen!

Zahlenmäßig erreicht die Arbeiterklasse bereits im laufenden Jahr 18,7 Millionen Personen gegen 16 Millionen, die für das letzte Jahr des Fünfjahresplans vorgehoben waren. 1932 wird die Arbeiterklasse von 20 Millionen bestehen. Der Lohnfonds für 1931 übersteigt beträchtlich den Lohnfonds, der für das letzte Jahr des Fünfjahresplans vorgehoben war, und erreicht 21 Milliarden Rubel. Der Lohnfonds für 1932 wird 26,7 Milliarden Rubel ausmachen. Der Fonds der Sozialversicherung steigt ebenfalls im laufenden Jahr um 27 Prozent. Im laufenden Jahr wird 70 Prozent der Arbeiter zum Siebenhundertsten übergegangen. Im nächsten Jahr wird der Siebenhundertsten auf 100 Prozent eingeführt. Das Volkseinkommen beträgt 40 Milliarden Rubel im Jahre 1932.

Fünfjahresplan in vier Jahren gestrichelt

In den ersten drei Jahren des Fünfjahresplans wurden alle Vorbereitungen für die Durchführung des Fünfjahresplans in vier Jahren geschaffen. Die Hauptaufgabe im Jahre 1932 ist die Steigerung der Produktivität der Arbeit in allen Zweigen der Volkswirtschaft.

Genosse Molotow akzentuiert unter stürmischen Beifall des Saales die Worte des Genossen Stalin: Die Werktätigen der Sowjetunion sind von der Entschlossenheit durchdrungen, den Fünfjahresplan in vier Jahren zu erfüllen; sie werden ihn unter der Führung der Regierung und der Partei durchführen.

Der Gesamtfonds der Räumlichkeiten vergrößert sich von 27 Milliarden auf 35 Milliarden im laufenden Jahr, was eine erhebliche Entlastung des Warenmangels und eine Verbesserung der Belieferung der Werktätigen in Stadt und Land bedeutet.

Genosse Molotow betont, daß die Sowjetunion gewaltige Ressourcen neuer Kräfte für die Verbesserung des Wirtschaftsapparates erhält. Alle Intellektuelle schenken umlage des Wachstums der Sowjetunion um und stellen sich immer mehr auf die Seite der Sowjetunion; andererseits wachsen neue proletarische Kräfte, die von unseren technischen und Hochschulen ausgebildet werden. Genosse Molotow führte folgende statistische Ziffern an: An den Hochschulen lernten 23.000 Studenten 1932 mehr als 223.000 Personen. Der Bestand der Techniker stieg um das Vierfache.

Die Friedenspolitik der Sowjetunion

Zur internationalen Lage der Sowjetunion übergehend, erklärt Genosse Molotow:

Die Hauptaufgabe der internationalen Politik der Sowjetunion ist die Sicherung des allgemeinen Friedens. Die Verhandlungen mit Polen wegen des Nichtangriffspaktes dauern an. Man muß hoffen, daß sie erfolgreich endigen. Die Sowjetunion hat in dieser Beziehung alles vor ihr Abhängige, wie sie dies auch früher tat. Was den Vertrag mit Litauen, Finnland und Estland betreffend den Abschluß eines Nichtangriffspaktes mit der Sowjetunion anbetrifft, erklärt Genosse Molotow, daß diese Initiative vollkommen den Friedensbestrebungen der Sowjetunion entspricht. Alles von der Sowjetunion Abhängige wird getan werden und geschieht bereits.

Die fernöstliche Rote Armee steht auf der Wacht!

In bezug auf die Ereignisse in der Mandchurei weist Genosse Molotow darauf hin, daß diese Ereignisse eine Tendenz zur Erweiterung zeigen. Das zweimalige Auftreten des Völkervertrages in dieser Frage hat die letzten Erwartungen gerechtfertigt. Für die Sache des Friedens wird aus dem Genossenschaftsbund nichts Mächtigeres herauskommen. Von der Entsendung einer wissenschaftlichen Untersuchungskommission

Die Propagandaleichen Adolfs Hitlers

Vor einigen Tagen brachte der „Völkische Beobachter“ einen groß aufgemachten, allen möglichen Schmutz einschleudenden Artikel Hitlers an Kränzung. Der Nazi-Daj erklärte in diesem:

„Ich habe in bezug meiner letzten Veröffentlichungen schmerzlichen Reue in meinen treuen Anhängern Massenlosigkeit befohlen. Aber den Befehl, sich wechlos abzuschießen zu lassen, kann der Reichstangler nicht verlangen und ich werde ihn auch nicht geben.“

Die angeblichen Opfer von „Nazi-Mord“ sind im „Völkischen Beobachter“ in einer langen Liste am 10. November 1931 veröffentlicht worden. „Nazi-Mordopfer“ sollen sie sein — es fragt sich nur, von wem. Nehmen wir einige Musterbeispiele für die Eigenpropaganda heraus, die auf einwandfrei erwiesenen Feststellungen der roten Hilfe beruhen.

Hg. Katarina Grünwald, ermordet 3. August 1929 in Nürnberg.
Sachverhalt: Nazis überfallen Heilighausenarbeiter, die letzteren müssen wegen Übermacht flüchten, Nazis schießen hinterher und einer der Schüsse trifft die vollkommen unbeteiligte Frau Grünwald.

Hg. Josef Weber, ermordet 16. Juli 1931 in Ebersberg.
Sachverhalt: Der rein bürgerliche „Traktorenrevisor Ebersberg“ hielt im Golfhaus Dornowit ein Trauergedenk ab. Ein Mitglied des Vereins hat ein Viechsvorhältnis mit der Schwester des Weber, das dieser nicht gern sah, Weber trank sich Mut an, ging zu dem Vieh, projizierte eine Kanone, erschießt einen Trakt in den Unterleib und starb

einige Tage später an dessen Folgen im Krankenhaus. Eine Gerichtsverhandlung fand nicht statt, weil zweifelslos festgestellt, daß Weber projiziert hatte.

Hg. H. S. Frid, ermordet 10. Januar 1929 in Pilsen.
Sachverhalt: Frid war Motorradfahrer, hatte einen Unfall erlitten, sich dabei eine Gehirnerschütterung zugezogen. Er erlegte in der betreffenden Nacht einen Arbeiter an, der ihn abwehrte, Frid starb, es wurde erstverhört festgestellt, daß der Arbeiter auf die Folgen dieser Schlägerei zurückzuführen sei, sondern auf die Folgen des Unfalls. Der angeklagte Arbeiter wurde vom Gericht freigesprochen.

Hg. Edgar Steinbach, ermordet 7. Juli 1931 in Chemnitz.
Sachverhalt: Vier Arbeiter wurden von 30 bis 40 SA-Leuten überfallen. Steinbach befand sich vor dem Nazitrupp und wurde von Schüssen getroffen, die die SA-Leute auf die Arbeiter abgaben. Die vier Arbeiter, die wie üblich verhaftet wurden, mußten aus der Haft entlassen werden. Gegen die fünf überlebenden Nazis wurde Anklage erhoben, weil sie ihren eigenen Hg. erschossen hatten.

Dies sind nur einige Fälle von Dutzenden, auf Grund deren nachgemeldet werden kann, mit welcher unerschämten Frechheit die Nazis die Deffektivität befehlen. So steht das erstverhört festgestellt, aus, mit dem der Nazi Hitler die irregulierten, werftätigen Anhänger der Nazis gegen die staatenbewußte Arbeiterklasse hegen will. Gewissenlos, struppellos und blutbesudelt im Dienste des Truttkapitals, das ist die Parteienerziehung!

„Und Friede auf Erden...“

Blutige Weihnachten in aller Welt — Revolutionäre Aufstände in Chile und in Damaskus

In Paris Hungermärsche

(Fig. Drahtmel.) Paris, 26. Dezember.

Die Pariser Arbeiterklasse erklärte sich am „Heiligabend“ die Straßen für einen wütigen Hungermarsch. In Mont Martre, Mont Parnasse und Champs-Élysées waren die Straßen schwarz von Protestierenden, die mit dem Rufe: „Arbeit und Brot! Nieder mit dem Hungerloste!“ demonstrierten.

Ein außerordentlich großes Polizeiaufgebot verdrängte die Straßen zu räumen. Es gelang jedoch nicht. Die Massen ließen sich nicht abdrängen, um nach dem Willen der französischen Bourgeoisie im Interesse eines ungehörten Weihnachtstisches der Reichen ihr Glend im stillen Kämmerrlein zu verberegen.

Es kam überall zu Handgemenge und Straßenkämpfen, die an einigen Stellen landstauung bewerkten. Drei Polizeikommandos sollen so schwer verletzt sein, daß sie ins Krankenhaus überführt werden mußten. 40 Verhaftungen wurden vorgenommen.

32 Tote in Damaskus

(Fig. Drahtmel.) Damaskus, 26. Dezember.

In Damaskus (Syrien) eröffneten die französischen Truppen am ersten Feiertage das Feuer auf eine vieltausendköpfige Menge, die in einem Demonstrationsschritt marschierte. 32 Demonstranten wurden getötet und 600 verwundet. Große Lintuben brachen auch in Beirut und Aleppo aus.

Aufstände in Chile

Santiago, 27. Dezember.

In mehreren Teilen des Landes ist es zu großen kommunistischen Aufständen gegen die reaktionäre Regierung des Präsidenten Montero gekommen. Die Arbeiter griffen die Regierungstruppen an. Seltige Kämpfe entbrannten; die Arbeiter waren zu einem Teil bewaffnet.

Nach den bisher vorliegenden Meldungen wurden 3000 Personen getötet und viele hundert verwundet. Am heiligsten waren die Kämpfe in der Provinz Atacama, wo mehrere

Japanische Angriffe werden fortgesetzt

Shanghai, 24. Dezember.

Die japanischen Truppen setzten den Angriff auf Tsinhschau fort. Sie haben den Fuß Chiaohe bereits überflügelt. Am 23. Dezember haben große Kämpfe bei Tsinhschau, Mingshan, Tsinhschau, Tsinhschau, Tsinhschau stattgefunden, die Japaner haben dabei Orte bereits besetzt und bedrängen die chinesischen Truppen an beiden Flanken. Sie beschließen scheinbar, die chinesischen Truppen bei Tsinhschau zum Rückzug nach Sscho zu zwingen.

Gleichzeitig treffen fortgesetzte japanische Truppen ein. In Mukden sind alle japanischen Militärpflichtigen mobilisiert.

des Völkervertrages ist für die Einstellung der militärischen Offensiver der Mandchurei nichts zu erwarten.

Die Sowjetregierung kann nicht umhin, die Ereignisse in der Mandchurei aufmerksam zu verfolgen. Man darf nicht vergessen, daß die Sowjetunion an die Mandchurei grenzt. „Ich denke“ — erklärt Genosse Molotow unter allgemeinem Beifall —, daß unsere fernöstlichen Verbände die Grenzen der Sowjetunion nicht überschreiten werden. Die Bevölkerung der Sowjetunion ist mit dem Bau und mit der Hebung der Wirtschaft beschäftigt. Sie wendet sich auch den Arbeitern und Bauern der anderen Länder. Fremdes Land brauchen wir nicht, doch treten wir auch keinen Fußbreit unteres Landes ab“, erklärt Genosse Molotow unter einem neuen Beifallssturm.

Kriegsprovokationen gegen die Sowjetunion

In bezug auf die Abrüstungskonferenz lassen sich keine freundlichen Hoffnungen machen. Die Regierungen der kapitalistischen Länder machen nicht allein alles, um sie zu sprengen, sondern auch, um sich nicht für die Abrüstung zu verantworten, sondern zur Verhinderung der Schritte, die eine weitere Entfaltung der Rüstungen ermöglichen.

Im bezug auf die Abrüstung steht die Sowjetunion fest auf ihren früheren Positionen, auf dem Boden der früher vorgeschlagenen Projekte der vollständigen oder der teilweisen Ab-

Regimenter der Regierungstruppen gegen die Arbeiter mit der Schusswaffe und Kanonen vorgehen.
Die Kämpfe dauern zur Stunde noch an.

Massenverhaftungen in Indien

Reischamat, 27. Dezember.

Die englischen Behörden haben die Weihnachtsfeierlage dem Verbot, um politische Verhaftungen bekannter revolutionärer Arbeiterführer vorzunehmen. Allein in der Stadt Beishamar wurden 93 Funktionäre festgenommen, außerdem 188 in den fünf Distrikten der nordwestlichen Grenzprovinz, die als Ausnahmegebiet gegen die Sowjetunion und Afghanistan für den britischen Imperialismus von größter Wichtigkeit ist. Ferner verhaftete man 200 Arbeiter in dem Militärbezirk von Kohat.

Eine nähere Begründung über dieses ungehörte Vorgehen seitens der Militäre- und Zivilbehörden wurde nicht gegeben.

Nach einem Bericht einer Agentur aus Beishamar haben britische Truppen auf Notwendigen geteilt und ihnen Verluste von 1000 Toten und fünfzig Verwundeten beigebracht. Der Führer der Kämpfer in der Nordwest-Region ist verhaftet und hinter Drahtverhau in einem entfernten Konzentrationslager untergebracht worden. Ähnlich finden weitere Verhaftungen prominenter Agitatoren statt.

Starker Rückgang der Ruhrkohlenproduktion

20000 Entlastungen bevorstehend

In der dritten Dezemberwoche ist die Kohlenproduktion des Ruhrgebietes um rund 8 Prozent zurückgegangen. Die arbeits-tägliche Produktion betrug nur noch 253 743 Tonnen gegenüber 272 303 Tonnen in der Vorwoche. Ebenso gingen die Kohlerezeugung und die Preisfestlegung zurück.

Die Zahl der eingeleiteten Feuerlöscher stieg von 26 941 pro Tag auf 38 384, also um über 40 Prozent. Gleichzeitig stiegen die Produktionsquoten um 100 000 Tonnen.
Die Krise im Kohlenbergbau hat einen Höhepunkt erreicht. Aber das Glend der Kumpel wird immer größer werden. So erklärte das Syndikat auf seiner letzten Sitzung, daß in der nächsten Zeit 20 000 Arbeiter erwerbslos werden müssen.

Brünnings Weihnachtsbotschaft

Reichstangler Brüning hat dem Cherevalier des Transocean-Nachrichtenbüros eine Weihnachtsbotschaft übergeben, in der er erklärt, daß eine Rettung aus dem drohenden Zusammenbruch aller in der Aufrichtung einer Interessengemeinschaft zu erblicken ist. „Nur wenn Glaube, Liebe und Hoffnung in die Herzen der Völker zurückkehren“, werde es besser werden.

Genosse Bismard, früherer Redakteur der „Arbeiterzeitung“, Brest wurde wegen angeblicher Beleidigung Seeverings zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

rüstung, Abrüstung und Sicherstellung des Friedens sind die wichtigsten Aufgaben der Politik der Sowjetunion.

Es sind Aufgaben vorhanden, die eine aktive Vorbereitung der Sprengung des Friedens befehlen. Die Kräfte und die sich verändernden Verhältnisse treiben die kapitalistischen Staaten zu neuen Abenteuern. Die Lage wird immer gefährlicher. Wie in einigen diplomatischen Kreisen genau bekannt ist, werden Angriffsprojekte gegen die Sowjetunion aus arbeitslose erortert. Das ergibt sich aus der Logik des Imperialismus unter den gegebenen Verhältnissen, bei denen der Boden unter seinen Füßen bröckelt.

Genosse Molotow stellt fest, daß wiederholt verneint wurde, die Sowjetunion, insbesondere in der Mandchurei, durch alle möglichen Provokationen in einen Krieg hineinzuziehen. Diese Provokationen sind schon längst nicht allein in der Presse der Sowjetunion, sondern auch in der ausländischen, darunter auch in der bürgerlichen Presse entlarvt worden.
Zum Schluß erklärt Genosse Molotow, daß die Sowjetunion mit der Unvermeidlichkeit neuer Provokationen der Feinde rechnen und darauf mit der handhabe Verfolgung der Linie des Friedens bei gleichzeitiger Verklarung ihrer Wachsamkeit sowie mit der Wahrung des Fünfjahresplans in vier Jahren antworten muß. Die Durchführung des Fünfjahresplans besteht die Pflichten der Sowjetunion, die Sache des Sozialismus, den allgemeinen Frieden und den Sieg der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Verschärfung der Krise in Deutschland

Aus einem Leitartikel der „Prawda“

Die „Prawda“, das Zentralorgan der Partei Lenins, veröffentlichte am 21. Dezember unter der Überschrift: „Verschärfung der Krise in Deutschland“ einen bedeutsamen Beitrag zur Lage im kapitalistischen Deutschland.

Unter diesen Umständen und angesichts des wachsenden revolutionären Geistes der Massen kann die deutsche Bourgeoisie nur die Politik der Unterwerfung und der Erfüllung selbst der schärfsten internationalen Verpflichtungen weiterführen.

Der Hauptteil des Artikels behandelt die Rolle der Sozialdemokratie und ihrer „linken“ Agentur. Es heißt dort u. a.:

„Die deutsche Bourgeoisie spannt all ihre Kräfte an, um einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu ermöglichen. Die Sozialdemokratie ist ihrerseits bestrebt, sich die Rolle der entscheidenden Stütze der deutschen Bourgeoisie bei der Durchführung dieser Maßnahmen zu sichern.

Seitdem die Arbeiterbewegung in Deutschland sich für die Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage ist, allein die erfolgreiche Durchführung aller für die Bourgeoisie notwendigen Maßnahmen zu gewährleisten, hat die Sozialdemokratie in immer steigendem Maße das Vertrauen der Massen einbüßt.

Seitdem die Arbeiterbewegung in Deutschland sich für die Sozialdemokratie nicht mehr in der Lage ist, allein die erfolgreiche Durchführung aller für die Bourgeoisie notwendigen Maßnahmen zu gewährleisten, hat die Sozialdemokratie in immer steigendem Maße das Vertrauen der Massen einbüßt.

Die deutsche Bourgeoisie spannt all ihre Kräfte an, um einen kapitalistischen Ausweg aus der Krise zu ermöglichen. Die Sozialdemokratie ist ihrerseits bestrebt, sich die Rolle der entscheidenden Stütze der deutschen Bourgeoisie bei der Durchführung dieser Maßnahmen zu sichern.

Abrüstung? - Wir haben andere Sorgen

Die Begleitmusik zum kommenden Abrüstungstheater

Je näher der geplante Termin — 2. Februar — für die seit Jahren geplante Weltabrüstungskonferenz rückt, desto schwächer wird den doch gewiß von seinen Strahlen geplagten Imperialisten. Sie wissen nicht, wie sie dieses große Friedensstheater, zu dem die tragenden Säulen und splitternden Granaten in der Mandchurien, die Schiffe gegen das hungere Volk in allen Erdteilen eine außerordentlich peinliche Begleitmusik abgeben, durchzuführen sollen.

Geradezu grotesk mutet eine Unterredung an, die der Staatssekretär des japanischen Außenministeriums, Nagano, mit dem britischen Botschafter in Tokio hatte.

Zeitpunkt für die Abrüstungskonferenz „unglücklich gewählt“ sei. Europa und andere Staaten hätten jetzt andere Sorgen, als über Abrüstung zu sprechen.

Andere Staaten werden prompt darauf antworten, daß man ihnen doch nicht zumuten könne, was Japan verweigere, worauf es dann wieder eine Kräftigungsprobe ohne Ende gibt.

10 Wochen Massenstreik in Lodz

Aufruf des Internationalen Komitees der Textilarbeiter

Das Internationale Komitee der Textilarbeiter erklärt zum zehnwöchigen Heldentum der Lodzger Seidenarbeiter einen Aufruf, in dem es heißt:

Die nächsten Tage sind für den heroischen Streikampf der Lodzger Seidenarbeiter von entscheidender Bedeutung. Die Unternehmer spekulieren bei aktiver Unterstützung durch die reformistischen Gewerkschaftsleiter auf die durch den zehnwöchigen Kampf hervorgerufene Entkräftung der Streikenden und fordern jetzt an Stelle der bisherigen 10- bis 20prozentigen Lohnherabsetzung einen Lohnabbau von 50 bis 70 Prozent.

Der Lodzger Streik ist in seine entscheidende Phase getreten. Bestärkt die internationale Solidaritätsaktion für die kämpfenden Lodzger Arbeiter.

dafür ist, wie man trotz schärfstem schicksaligen Terror, trotz Standgerichten und Todesurteilen gegen die geeinte Front des schicksaligen Staates, der Unternehmer und Gewerkschaftsbürokratie, die kämpfende Front aller Arbeiter schafft.

Bisher konnten dem Lodzger Streikkomitee aus Sammlungen in deutschen Betrieben 2640 Mark überwiehen werden.

Die täglichen Bankenträge

NY, New York, 24. Dezember. Die Broadbank-Bank in New Haven hat ihre Zahlungen eingestellt. Die Depositen beliefen sich auf 2.200.000 Dollar.

Die Vereinten Staaten haben General Martinez mitgeteilt, daß sie ihn als Regierungschef von San Salvador nicht anerkennen, weil er als Kriegsminister des vergangenen Kabinetts den Umsturz vorbereitet hat.

der Weltfriede, Propaganda“ über die Lösung der Volksrevolution entschieden aufgedeckt.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß es der KPD gelingen wird, die ausschlaggebenden Schichten des Proletariats zu mobilisieren und unter der Führung des Proletariats, der Vorhut der Werktätigen, einen bedeutenden Teil der nichtproletarischen Schichten der Werktätigen in den Kampf gegen das Kapital zu führen.

In der deutschen Arbeiterklasse wächst der Wille zur Einheit für den Kampf. Das verstehen sogar die sozialdemokratischen Führer. Deshalb leiteten sie mit der Erklärung, daß eine Einheitsfront mit den Kommunisten „möglich“ ist, ein Mandat ein, dessen Zweck es ist, die Arbeiter vom Übergang ins kommunistische Lager zurückzuhalten.

Die KPD ist rücksichtslos gegen alle Opportunisten, die den prinzipiellen Charakter der Unveröhnlichkeit und des Kampfes gegen die Sozialdemokratie herabdrücken möchten, indem sie in liberaler Art und Weise Sozialdemo-

kratie und Sozialismus gegenüberstellen. Es ist rücksichtslos gegen die Schwärze, die da meinen, die „linke“ Sozialdemokratie, „schwarze Linien am Horizont“, sei ein „Sumpf“, die die Tatsache unterschlagen, daß gerade die „linke“ Sozialdemokratie ein Wortführer der Bourgeoisie, ihre „linke“ Fraktion sind.

Die KPD, daß auf einem sehr verantwortlichen Posten der internationalen Arbeiterbewegung. Die KPD weiß, daß sie jetzt vor einer großen und aufopfernden Arbeit zur Mobilisierung der Massen und zur Organisation des Kampfes steht. Sie wird deshalb einen rücksichtslosen Kampf führen gegen halbsozialdemokratische, rechtsoportunistische Einstellungen, gegen Unterwerfung der Situation, gegen Unentschlossenheit, gegen Verzicht, sich auf Resolutionen zu beschränken, was in der gegenwärtigen Situation die Hauptgefahr ist.



Der große Befrug (17. Fortsetzung)

„Ihr müßt den Speck noch ausbraten“, sagte Wegmann, als sie ihn teilten. „Damit ihr ihn besser vertragen könnt, man kann nicht wissen —“

Das Bewußtsein verlor seinen Lutz steigerte die Nervosität. Silbe ging die Straße hinunter und nickte auf, ob nicht etwa nächste Hausung im Anmarsch sei.

Im Mitternacht waren sie fertig, gingen erschöpft, mit tanzen den Kernen zu Bett. Albert mußte morgens bereits um fünf Uhr zur Frühsticht.

„Ihr müßt den Speck noch ausbraten“, sagte Wegmann, als sie ihn teilten. „Damit ihr ihn besser vertragen könnt, man kann nicht wissen —“

Das Bewußtsein verlor seinen Lutz steigerte die Nervosität. Silbe ging die Straße hinunter und nickte auf, ob nicht etwa nächste Hausung im Anmarsch sei.

Auch Albert fand wieder unter dem Kommando der Maschine. Für das Wechsellieren des Wechsellagers, zehn Millimeter Schnittstärke, fünfundsiebzig Zentimeter lang, waren ihm sechshundert Minuten zugewiesen.

ren Vorhuch, — das hielt der Stahl nicht aus. Er wollte jedoch die rationalste Methode für diese Operation herausfinden bis die Ablösung kam, spannte zum Nachbrennen einen zweiten Stahl daneben und einen dritten, um durch Herumwerfen des Revolvers den lebendlebenden Rest vor dem Mund herauszuholen.

Mutter hatte Karloffsfluppe gefoch, wider und fetter als sonst. Silbe und Herbert schupperten lachend den Duft von Speck und Zwiebeln ein.

„Mir auch — — —“ wollte Herbert sagen, brach aber mitten im Wort ab und stieß hervor: „Die Polizei!“

Ein Polizist und ein Mann in Zivil kamen die Straße herauf, sehen nach den Nummern der Baracken und traten in Nr. III ein.

„Mir auch — — —“ wollte Herbert sagen, brach aber mitten im Wort ab und stieß hervor: „Die Polizei!“

„Bin ich hier richtig bei Herrn Buchner?“ „Jawohl!“ „Sind Sie es selbst?“ „Jawohl!“

Der Polizeibeamte überlegte einen Augenblick. Dann fragte er weiter: „Sie haben auch einen Sohn, namens Erich Buchner?“ „Ja, das ist mein Sohn.“

Der Beamte hatte den Namen aus einem Buch abgelesen. In dieses Buch sah er nun wieder hinein, als überlege er. Nun trat der andere auf Albert zu, reichte ihm die Hand und sagte:

„Mein Name ist Reichel. — Ich komme im Auftrag der Arbeiterjugend von Köpenick. — Ich — habe — Ihnen — eine — sehr — traurige — Mitteilung — zu — machen — —“

„Was ist mit ihm? Was ist mit unserem Jungen?“ rief nun Margot, packte Reichel an der Schulter und schüttelte ihn. „Er ist tot!“ Sie haben ihn umgebracht?“

Reichel sah in das angsterzerre Gesicht Margots, überlegte einen Augenblick und antwortete: „Ja, er ist tot!“ Und dann, als siele es ihm ein, daß er den Auftrag ganz anders ausführen wollte: „Genosse Erich ist unter den Opfern, die von den Kappisten erschossen wurden.“

Mutter forschte bis zur Nähmaschine und fiel mit einem Schrei auf den Stuhl. Herbert lag mit den Armen auf dem Tisch und weinte laut. Silbe sah mit wässrigen Augen und zudendem Gesicht ihren Eltern zu.

„Wo ist er?“ fragte Albert. Seine Stimme klang höhl und fremd.

„Er liegt in der Leichenhalle in Köpenick, bei seinen Genossen.“ Dann übergab Reichel Albert einen Zettel mit feiner Adreße und folgte hinaus: — „Erich wird mit seinen Genossen gemächlich beerdigt werden. Es wird Ihnen wohl recht sein. Denn Sie etwas bestreiten oder etwas mitteilen wollen, wenden Sie sich an mich. Ein Trost bleibt Ihnen dennoch: — Erich hat seine proletarische Pflicht getan.“

Reichel wandte sich zum Gehen. Nur der Polizeibeamte fragte noch: „Haben Sie etwas zu Protokoll zu geben, Herr Buchner?“ Albert verneinte. Die beiden gingen.

Albert legte sich neben seine Frau, die mit weinangefüllten Augen an die Wand sah. Dann erhob er sich leidend und ging zur Tür hinaus. Sie sah ihm nach, erhob sich dann ebenfalls und ging ihm nach.

Es dümmerte schon. Albert fand am Schuppen, ohne Hut, ohne Mantel, im Regen. Margot nästerte sich ihm stumm und weinte sich an keiner Brust aus.

(Fortsetzung folgt.)



Führer durch die Geschäftswelt

Advertisement grid for Bitterfeld featuring various businesses such as Paul Kauer, Lippinghäuser Margarine, Hermann Henze, and others, with their addresses and services.



Entlarvt die Manöver der SPD- und ADSB-Bonzen!

Preisrentungs-Demagogie der SPD

Notverordnungs-Preisrentung macht 2,6 Prozent aus, dagegen Lohnabbau 15-20 Prozent - Rechnet in Gewerkschaftsversammlungen und Betrieben mit den Beträtern und Demagogen ab - Herstellung der Einheitsfront ist das dringendste Gebot der Stunde

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erklärt ausdrücklich, daß für sie eine neue Lage entstanden sein wird, wenn sich herausstellt, daß die Senkung der Preise mit jener der Löhne nicht Schritt hält.

Mit dieser Erklärung tolerieren die SPD-Reichstagsfraktion und die Führer des ADSB die neue Notverordnung und den Lohnabbau. Auch die Arbeiter in den Gewerkschaften begründen mit denselben Argumenten ihre Zustimmung zu der Notverordnung.

In einem Mützel des Vorstandes des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften wird gesagt: Die Senkung der Mieten, Zinsen, Zinsen usw. ist zu begrüßen. In vielen Maßnahmen leben die christlichen Gewerkschaften nicht nur ein Mittel zur Wirtschaftsbewegung, sondern auch einen Weg, der geeignet ist, den gegen die Löhne angehenden Druck zu vermindern.

Die gesamte bürgerliche Presse und mit ihr alle Gewerkschaftsleitungen bringen seit Tagen heftigste Mittel über angeblichen Preisabbau. Die Arbeiter jedoch, deren Lohnhöhe durch den neuen Lohnabbau noch leiser geworden ist, merken in der Praxis nichts davon. Die Gewerkschaftsbürokratie benutzt die Erregung vom Preisabbau, um den Unternehmern bei der Lohnabbauoffensive zu helfen und die Arbeiter von Kampfmaßnahmen abzuhalten.

Mietensenkung beträgt 1,6 Prozent

Die auf dem Gebiete der Mietensenkung verordneten Maßnahmen bringen keine zehnprozentige Entlastung, da die tatsächliche Miete z. B. in Berlin auf 132,5 Prozent der Preisrentenmiete liegt. So bedeutet die zehnprozentige Mietensenkung nur eine 7,3prozentige Senkung der gegenwärtigen Mietausgaben. Die Miete macht aber nur etwa den fünften Teil der

RGO-Appl für Halle!

Am Dienstag, dem 29. Dezember, 20 Uhr, findet im Gesellschaftshaus, Leipziger Straße, eine außerordentlich wichtige Mitgliederversammlung für alle RGO-Kollegen statt, desgleichen für alle im Einheitsverband für das Baugewerbe organisierten Mitglieder. Mitgliedsausweise sind mitzubringen.

Ortskomitee der RGO Halle.

Lebenshaltungskosten aus, so daß die Mietensenkung durch die Notverordnung nur eine Senkung der Lebenshaltungskosten um etwa 1,6 Prozent bedeutet.

Was gerade die Mieten für die Arbeiterklasse bedeuten, zeigt eine Statistik des bürgerlichen Gelehrten Dr. Kührt, die in der Frankfurter Arbeiterzeitung erschienen ist. Nach dieser Statistik betrug das Wohnverdienstverhältnis des durchschnittlichen Arbeiters:

Table with 2 columns: Date and Rent. October 1928: 54.43 Mark; October 1930: 50.76 Mark; Mai 1931: 47.28 Mark.

Rechnet man von diesem Wohnverdienst Steuern, Sozialbeiträge, Miete usw. ab, dann verringert sich das Einkommen folgendermaßen:

Table with 2 columns: Date and New Rent. October 1928: 26.72 Mark; October 1930: 25.60 Mark; Mai 1931: 24.94 Mark.

Die Statistik ist noch sehr geschönt und geht nur bis Mai 1931. Bis heute ist das Wohnverdienstverhältnis durch weiteren Lohnabbau noch mehr vermindert worden.

Wie die Preisrentung auf anderen Gebieten aussieht, darüber berichtet ebenfalls die 'Beamtenszeitung':

2,6 Prozent Preisrentung - 15 bis 20 Prozent Lohnabbau

Die Senkung der gebundenen Preise um 10 Prozent wirkt sich nicht etwa in diesem Prozentmaß auf die Lebenshaltung aus. Denn einmal gehen von diesem Prozentmaß die Preisrentungen ab, die bereits seit dem 1. Juli des Jahres vorgenommen sind, zum anderen handelt es sich bei diesen Entsetzungen in erster Linie um Rohstoffe und Halbfabrikate, die sich bei Einzelhandelspreisen in viel geringerem Maße auswirken. Die 10- bis 15prozentige Senkung der gebundenen Preise bedeutet nur eine prozentuale Senkung der Lebenshaltungskosten um 2,6 bis 3,1 Prozent.

Um die ganze Demagogie der verräterischen Bonzokratie zu entlarren, sei noch betont, daß die Elektrizitäts- und Gaswerte bereits erklärt haben, daß eine Senkung der Preise vorläufig nicht beabsichtigt werden kann. Dagegen ist eines der wichtigsten Zahlungsmittel der Arbeiterklasse, die Margarine, durch den Margarine-Verband des Bundes bis 6 Prozent erhöht worden. Die Demagogie von der Preisrentung ist also entlarvt. Es ist Zug und Trug, um den Arbeitern die neuen Beschlüssen schmähhaft zu machen.

Um ihrer Enttarnung durch die Arbeiterklasse auszuweichen, entdecken die Gewerkschaftsleiter auf einmal 'sozialistische Elemente' in der Notverordnung. In ihren Zeitungen überhäufeln sie sich vor Freude, daß durch die Notverordnung 'die private Wirtschaft unter einer staatlichen Wirtschaftskontrolle' gestellt sei.

Wieder ein neuer Schwindel

Die 'Bergbau-Industrie' verteidigt sich sogar zu folgender Behauptung:

„In dieser Zukunft (angebliche Staatskontrolle) erst ein Anfang, dann ist die weitere Entwicklung in den sozialistischen Richtung nicht mehr schwerm und wahrheitsgemäß, auch nicht mehr illusorisch.“

Das schreiben die Gewerkschaftsbürokraten in demselben Moment, wo das Konjunktur-Institut die Lage in Deutschland folgendermaßen charakterisiert:

„In Deutschland hat sich die Lage erneut zugekippt. Produktion und Absatz sind anhaltend abwärts gerichtet. Die Arbeitslosigkeit steigt beständig an. Die Zerrüttung der Kreditmärkte hat aber noch zugenommen. Auftrags-eingang verharret in Niedriggang.“

Für die Zukunft sieht das Institut eine weitere Verschärfung vor und die Gewerkschaftsbonzen fallen von 'Hineinwachsen in den Staatssozialismus, für dessen Entwicklung die Sonder-

opfer, die das schaffende Volk bringen muß, völlig aufgehoben werden.“ (Bergbau-Industrie.)

Die Gewerkschaftsbürokratie wird mit ihrer Demagogie die Arbeiter nicht mehr von Gegenmaßnahmen abhalten und die Einheitsfront zerfallen können. In allen Betrieben entwickelt sich die Einheitsfront sehr langsam. Die Gewerkschaftsmitglieder und die Hoffenbewußten Arbeiter wenden sich mit Eifer von diesen Methoden der Gewerkschaftsleiter ab. Durch diesen bewiesenen Betrag an der Arbeiterklasse werden auch die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter begreifen, daß nur durch Herstellung der Einheitsfront von unten, durch Anschlag an die RGO, der Weg aus dem Elend und der Not befristet werden kann.

Achtung! Bereits DMB-Wahlen!

In Könnern hat der Bezirksbonze Köhler „gesiegt“ - Oppositionsfraktionen im DMB, leisten schnellere und bessere Arbeit!

Am Sonntag nach Weihnachten fand in Könnern die Generalversammlung im Deutschen Metallarbeiterverband statt. Den sogenannten Geschäftsbericht gab der reformistische Bevollmächtigte Popel (Könnern). Er sprach von den Leistungen des Verbandes, von früheren großen Kämpfen, die der Metallarbeiter große Nutzen gebracht hätten. Ein Mitglied über den Bezirksbonze Köhler, mehr als sattem betonte, machte den Zusatz: „Kleinigkeit!“, die Verhandlung habe ihre Wichtigkeit verloren.

Der oppositionelle Kollege Eidingt insofern sich den Geschäftsbericht vor. Seine Rede war eine Kampfrede gegen die Politik der Gewerkschaftsbürokratie und eine Rede für die Schaffung der roten Einheitsfront in Betrieben und Gewerkschaften. Es folgten dann die Wahlen zur Ortsverwaltung. Der reformistische Bevollmächtigte Popel wurde mit 32 Stimmen wiedergewählt. Für den Vorsitz des oppositionellen Kollegen Keller zum ersten Bevollmächtigten stimmten 21 Kollegen, gegen das

Vorjahr immerhin ein Fortschritt! Aber offen muß ausgesprochen werden, daß bei einer besseren Vorbereitung der Versammlung und Einprägen aller oppositionellen Kollegen in die Fraktionsarbeit noch ein besseres Resultat erzielt worden wäre.

Nach den Wahlen hielt es Köhler für angebracht, beim sogenannten Punkt 'Verbandsangelegenheiten' eine wüste Rede gegen die oppositionellen Kollegen zu betreiben. Seine Ausführungen traten von persönlichen Beschimpfungen. Alles half nichts, der Vorsitz wurde durch die oppositionellen Kollegen abgelehnt, so wie er es verdient. Eine Reihe von Kollegen sprach sich für die Schaffung der roten Einheitsfront gegen Lohnabbau und Kapitalismus aus. Kollegen, die Köhler bisher zu den 'Seinern' zählte!

Das nächste Anliegen der Ortsverwaltungsoffizien in den Zahlstellen des DMB muß von allen oppositionellen Metallarbeitern zum Anlaß genommen werden, im beschleunigten Tempo die Wahlen vorzubereiten. Die DMB-Fraktionen müssen sofort zum Sammentreten und Handeln!

Der Bonze wird weiter berichten...

Größer wird die Not, qualender der Hunger; Gewerkschaftsstrategie Martin tut immer noch seine Pflicht

Der Maschinen- und Feinwerkverband ist ein „ganz gemittelter Laden“ geworden unter Führung des behäbigen Karl Martin. „Wozu ich aufreize“, meint Karl. Er handelt nach dem Motto:

„Der Bürokrat ist seine Pflicht vor dem bis eins - mehr tut er nicht.“

Und so teilt er pflichtschuldig den ihm unterstellten Zahlstellen mit, daß die Löhne jetzt liberal abgebaut würden, sogar noch unter die Höhe von 1925, obwohl das noch „weit über die letzte Notverordnung hinausgeht!“ Zum Schluß seines Rundschreibens bemerkt er dann: „Ich werde über alle Verhandlungen weiter berichten.“

Sein letztes Rundschreiben lautete:

Halle a. S., den 19. Dezember 1931

An alle Zahlstellen!

Tages Nr. 3169 16/8.

M.A.

Betr.: Lohnfragen.

Werte Kollegen!

Auf Grund der Notverordnung haben für die meisten Industrien Lohnverhandlungen stattgefunden, so für die chemische Industrie, Papierindustrie, für den Braunkohlenbergbau und die mitteldeutschen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. In all diesen Tarifzweigen ist es zu einer Verständigung nicht gekommen, weil die

Unternehmer hart daran festhielten, den Lohn um 15 Prozent abzubauen, während wir uns auf den Standpunkt stellten, daß laut der Notverordnung Minderungen (!) befristet werden können, zumal die Lohnsätze vom 10. Januar 1927 vielfach die Höhe vom Jahre 1926 und 1925 enthielten.

Zu irgendwelchen Verständigungen ist es dabei nicht gekommen, so daß, wie es die Notverordnung vorschreibt, der Schlichter über die Festlegung der Löhne zu entscheiden hat. Verhandlungen für die meisten Industrien vorm Schlichter stehen an am 28. Dezember 1931. Wieder diese Verhandlungen werde ich weiter berichten!

Im Baugewerbe ist es zu einer Verständigung gekommen, indem die Lohnsätze vom 10. Januar 1927 festgelegt wurde.

Mit kollegialem Gruß Karl Martin.

Martin meint, er ist seinen Pflichten als Verbandsbürokrat und Lokalisierungspolitiker vollumfänglich nachgekommen. Wenn nun der Schlichter die Löhne weiter herabsetzt, kann er ja nicht dafür.

Kollegen, was wollt ihr denn; ich bin ja auch nicht einverstanden mit den ganzen Dingen“, das sagt er dann in Erinnerung!

Verbandsabgeordneten, Maschinen- und Feinwerk, könnt ihr eine solche 'Gewerkschaftspolitik' noch länger dulden? Macht Schluß damit, schafft die rote Einheitsfront in Betrieb und Gewerkschaft, schließt die Bonzen beiseite, schafft die rote Einheitsfront ohne sie und gegen sie!

Bauarbeiter, schafft die rote Einheitsfront

Jeder Klassenbewußte Bauarbeiterkollege will die Kampfeinheit

Die von der Niedergangskrise des Kapitalismus am härtesten ergriffene Bauindustrie kommt durch die Notverordnungspolitik der Brüning-Regierung vollständig zum Erliegen. Durch Streichung aller finanziellen und kommunalen Zuschüsse zum Wohnungs- und Straßenbau droht eine 100prozentige Erwerbslosigkeit für die Bauarbeiter und verwandten Berufe. Die Bauinspektoren, die angeblich eingeführt wurde zur Behebung der ungeheuren Wohnungsnot, benutzt die Brüning-Regierung zu Küllungen und Zuschüssen an das Zerk- und Finanzkapital.

Durch die Notverordnung werden alle höchsten Löhne um 10 bis 15 Prozent gekürzt. Automatisch werden die Tariflöhne mit Hilfe der reaktionären Gewerkschaftsbürokratie auf den Stand vom Januar 1927 herabgesetzt. Da die damaligen Löhne vor allem der Bauarbeiter weit über den Tariflöhnen lagen, bedeutet der neue Lohnabbau eine Herabsetzung auf den Stand des Inflationsjahres 1928!

Die Gewerkschaftsleiter helfen der Brüning-Regierung beim Lohnabbau!

Die Herabsetzung des Tariflohnes in der Bauindustrie für das Lohngebiet Sachsen-Anhalt, ist bereits durch die Tarifparteien vollzogen. Die Gewerkschaftsbonzen haben den Lohnabbau aber

mal angenommen und den ursprünglichen Zweck der Gewerkschaften, die Lebenslage der Arbeiterklasse zu verbessern und den Kampf gegen alle Verschlechterungen zu organisieren, längst aufgegeben.

Bauarbeiter! Habt ihr euch deshalb gewerkschaftlich organisiert, damit eure Führer, ohne die Wichtigkeit für zu fragen, jedem Lohnabbau zustimmen und alles, was im Interesse des Unternehmers liegt, durchführen?

Wollt ihr ebenso wie die Leiharbeiter, Lärm- und Konjunktur eine Vereinigung mit den gelben und grünen Gewerkschaften, deren Bonzen schon zum Teil Mitglieder der Hitlerpartei sind? Einer Vereinigung mit diesen Gewerkschaften, erklären die Führer des ADSB, liegt nichts mehr im Wege, sie wäre sogar nützlich für den Bestand der Republik! O, h. die Gewerkschaften sollen noch mehr wie bisher zu durchführenden Organen der Brüning-Diktatur gemacht werden.

Welchen Weg müssen wir gehen?

Wir müssen die Einheitsfront des revolutionären Bauproletariats unter Führung der RGO und des roten Verbandes gegen Lohnabbau schaffen.

Kollegen, entscheidet euch! Wollt ihr weiter die Berrat der Gewerkschaftsbonzen dulden, oder wollt ihr mit der RGO und dem roten Verband kämpfen?

Kollegen! Schließt die Einheitsfront des gesamten Bauproletariats.

Heraus aus der Passivität! Hinein in die RGO und ihren roten Bauarbeiterverband!

RG Bau der RGO und roter Verband.

Hast du schon einen Abonnenten gewonnen?

Weitere Ueberraschungen im Fußball

Heideburg verliert den ersten Punkt — Vittoria spielt unentschieden — USC und Sportlust geschlagen
USC-Halle schlägt Cölme

Durch die anhaltende schlechte Witterung fielen die meisten Spiele aus. Von den Handballspielen kam nur ein Spiel zum Austrag. Heideburg wurde zum erstenmal, dazu im vorletzten Spiel, einen Punkt los.

In den Serienpielen wurden folgende Resultate erzielt:

Grümling 1—USC Halle 4:2	Vittoria 1—Eberlin 2:2 (2:1)	Giebiengstein 1—Teich 2:2
Sportlust 1—Möhlisch 2:4 (2:2)	Gröbers 1—Brudorf 1:1	Minera 1—USC 1 Halle 5:1
Brudorf 1—Heideburg 1:3:3 (1:0)	Merseburg 1—Gröbers 1:4:1	

Jetziger Stand der Serienpiele

1. Gruppe					
Berein	Spiele	gem. unentsch.	verl.	Tore	Punkte
Ammendorf	10	9	1	41:8	18:2
Vittoria	10	6	1	30:15	13:7
Gebelin	10	5	2	23:23	12:8
Wiem	9	4	—	27:26	8:10
Friedrichswerder	10	4	—	29:32	8:12
Horridor	10	3	—	6:14	6:14
Brudorf	11	2	1	8	21:41

2. Gruppe					
Berein	Spiele	gem. unentsch.	verl.	Tore	Punkte
Troisa	9	7	1	31:13	15:3
Sportlust	10	5	2	33:26	12:8
Teich	10	4	3	23:21	11:9
Wiesau	10	5	4	21:18	11:9
Dölan	9	4	1	23:19	9:9
Giebiengstein	11	2	4	5	23:25
Möhlisch	11	2	—	9	16:40

3. Gruppe					
Berein	Spiele	gem. unentsch.	verl.	Tore	Punkte
Heideburg	11	10	—	73:19	21:1
Minera	10	6	—	4	33:26
USC Halle	12	6	2	4	35:34
Leutonia	10	5	—	5	25:34
Brudorf	12	5	3	4	41:26
Gröbers	12	2	2	8	26:41
Merseburg	11	1	—	10	21:64

4. Gruppe					
Berein	Spiele	gem. unentsch.	verl.	Tore	Punkte
Astania	10	7	—	3	29:17
Leitn	10	6	2	2	26:14
USC Halle	11	7	—	4	44:28
Grümling	11	5	2	4	27:24
Börsig	12	6	1	5	34:32
Männern	11	2	1	8	5:17
Wärmlich	11	2	—	9	14:37

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

Besellschaftspiele

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:8:2; Minera 3—Gröbers 3:13:0.

Vittoria 2—Gebelin 2:0:0; Vittoria 3—Gebelin 3:6:2 (Vittoria 3 Gruppenmeister); Vittoria Jgd.—Sportlust Jgd. 1:4.

Brudorf 2—Heideburg 2:0:3.

Merseburg 2—Gröbers 2:5:1.

Börsig 1—Oreppin 1 (Bezirk Wittenberg) 2:2; Börsig 3 gegen Oreppin 3:1:1.

Männern 1—Börsig 1:4:2.

Astania 1—Wiesau 1:5:0; Astania 2—Wiesau 2:5:2; Astania Jgd.—Wiesau Jgd. 2:1.

Wiesau 1 (2. Klasse)—USC Halle 1:5:5 (4:1); Wiesau 2—USC 2:0:8; Wiesau 3—USC 3:1:3; Wiesau Jgd.—USC Jgd. 1:1; Wiesau 2 Jgd. gegen Union Weisenfels 1. Jgd. 2:2.

USC Halle 1—Cölme 1:3:1; USC Halle 2—Cölme 2:4:5; USC Halle 3—Cölme 3:8:2.

Sportlust 2—Möhlisch 2:3:1; Sportlust Jgd.—Vittoria Jgd. 4:1.

Minera 2—USC 2:

Die werktätige Frau

Was bringt dir die Notverordnung, werktätige Frau?

„Der Sorgen werden täglich mehr...“

Die ganze Wucht des Lohnabbaus fällt auf dich — Trotzdem: Kopf hoch! Reih dich ein in die rote Einheitsfront!

Die vierte Notverordnung vom 8. Dezember trifft alle Schichten der werktätigen Frauen auf das Härteste. Durch die Lohn- und Gehaltsenkung auf den Stand von 1927 werden die erbärmlich niedrigen Frauenlöhne weiter herabgedrückt und die Lohnspanne zwischen Männern- und Frauenlöhnen in schrecklichem Tempo erweitert.

Faktisch bedeutet der Lohnabbau für die Arbeiterinnen viel mehr als Senkung auf den Stand von 1927. Man muß bedenken, daß inzwischen die überarbeitsfähigen Zulagen abgebaut, die Sozialbeiträge erhöht, Kriens- und Bürgersteuer durchgeführt und erhöht und die Verlehrsätze hinaufgetrieben

Die Schätze werden also weiter unerwöhnlich teuer sein. Laufende von Kindern können die Schule nicht mehr besuchen, weil sie keine Schätze haben.

Und wie ist's mit der Mietsenkung?

Die Mietsenkung der Mietwohnungen beträgt 10 Prozent der Friedensmiete. Die gesetzliche Miete ist bekanntlich viel höher, aber die Senkung wird nach der Friedensmiete errechnet. Für Neubauwohnungen ist die Mietsenkung mehr als fraglich. Sie hängt ab von der Zinssetzung der Hypotheken. Für Neubauten, zu denen vorwiegend öffentliche Mittel verwendet wurden, die weniger als 6 Prozent Zinsen kosten, kommt eine Senkung der Mieten überhaupt nicht in Frage. Nur, wenn private Gelder verwendet wurden, deren Verzinsung mehr als 6 Prozent beträgt, tritt eine Mietsenkung ein. Die Mieter haben aber keine Kontrolle darüber. Bei jedem Wohnungsbaunehmen ist die Lage anders. Praktisch müssen die Neubaumieter unerhöht hohe Mieten weiter zahlen.

Die Wohnhilfe wird bedeutend verschlechtert. Die freiwilligen Mehrleistungen der Krankenkassen werden durch die Notverordnung eingestellt.

Die Kassen konnten bis jetzt statt gesetzlich 10 Mark 25 Mark Entbindungsgeld zahlen. Jetzt gibt es nur noch 10 Mark. Wohngeld konnte 13 Wochen gezahlt werden, jetzt gibt es

nur noch 10 Wochen. Stillgeld konnte 25 Wochen gezahlt werden, jetzt nur noch 12. Familienhilfe, Sterbegeld, Hausgeld werden kurz abgebaut.

Und diese Notverordnung haben nicht nur die Führer der bürgerlichen Parteien, die Vertreter in der Regierung gebilligt, sondern auch die SPD-Führer. Sie verließen diese Tatsache durch papierne „Proteste“ zu verschleiern. Aber es steht fest, daß sie die Einberufung des Reichstages abgelehnt und damit verhindert haben, um eine Aufhebung der neuen Notverordnung zu verhindern.

Wenig die Kommunistische Partei zeigt den werktätigen Frauen im Betrieb, Büro, Haushalt und Stempelstellen den Ausweg. Es ist der Zusammenhalt aller werktätigen Männer und Frauen zur roten Einheitsfront!

Zum Verrat noch der Hohn Weihnachtsorgen des „Vorwärts“

Die letzte Notverordnung Brinnings brachte schweren Lohn- und Gehaltsabbau und mit ihr im Gefolge gequälertes Massenelend. Drei Tage später verhöhte das Zentralorgan der SPD, der „Vorwärts“, das werktätige Volk durch folgende „gesundheitslichen Ratsschläge“:

„Noch eine Meinung ist um diese Zeit am Platz. Da manche Menschen glauben, zu den Festtagen gehöre unumgänglich ebenfalls noch ein gewaltiges Festmahl mit fettem Geflügel, schweren Weinen und heißen Jagertzen. Uns liegt nichts ferner, als unseren Lesern die Festessen irgendeine beeinträchtigen zu wollen. Insofern man sollte die Folgen eines zu wiederholten Malen überladenen Magens doch nicht allzuheftig auf die leichte Achsel nehmen.“

Sozialdemokratische Frauen, nehmt diese Gemeinheit nicht auf die „letzte Achsel“! Trennt euch von euren sozialfaschistischen Führern und marschiert mit in der roten Einheitsfront gegen Not und Reaktion.



„Der Weg des Kapitalismus ist der Weg des Verfalls, der Krise und der Verschärfung der Gegensätze. Der Weg des Sozialismus ist der Weg des wirtschaftlichen Wachstums und der Verbesserung der Lage der breiten Massen.“

Genosse Molotow auf der Tagung des Zentralkomitees der Sowjetunion.

morden sind. Alle Arbeiterinnen, ob ledig oder verheiratet, müssen die Beiträge für die Arbeitslosenversicherung bezahlen, aber den meisten verheirateten und jugendlichen Arbeiterinnen wurde schon im Juni durch die zweite Notverordnung die Unterfügung entzogen. Die von den Arbeiterinnen geleisteten Beiträge betragen allein im Jahre 1930 die Kleinsumme von 28 Millionen! Sie müssen weitere Beiträge bezahlen, erhalten aber in den meisten Fällen keine Unterfügung.

Die ganze Wucht des Lohnabbaus fällt auf die proletarische Hausfrau, die mit dem Wirtschaftsgeld die Familie ernähren, kleiden und Miete zahlen soll.

Wie sieht aber der Preisabbau aus?

In der Notverordnung heißt es:

„Gebundene Preise sind zur Anpassung an die veränderte Wirtschaftslage bis zum 1. Januar 1932 um mindestens 10 vom Hundert gegenüber dem Stande vom 30. Juli 1931 zu senken.“

Darunter sind die sogenannten Markenwaren zu verstehen, z. B. Kaffee, Kaffee, Reis, Schokolade, Seife, Brot im Packung mit Firmenabdruck. Wie wenig ernst die Preissetzung gemeint ist, erkennt man schon daraus, daß viele Kapitalisten Strafbestimmungen für jene Unternehmer, die die Preise ihrer Markenware nicht senken, enthält.

Die Margarinefabrikanten haben noch in der Woche vor der Notverordnung die Margarinepreise um 5 bis 6 Pfennige pro Pfund erhöht. In Stuttgart hängen in den Schuhgeschäften Plakate, auf denen es heißt:

„Solchen Kaufsungen, die mit der Möglichkeit eines Preisabbaues rechnen, muß energig entgegengetreten werden.“

Ein Pastor gesteht ...

Am einen der letzten Sonntage erklärte in Erfurt der Pfarrer in der Lutherkirche folgendes:

„Im Ausland im Kriegsjahre baut man jetzt eine Stadt, die „Stadt der Zukunft“ ist. Sie ist mit den modernsten Erfindungen der Technik versehen, für die Bequemlichkeit und Gesundheit ihrer Einwohner ist bis ins einzelne hinein gesorgt. Theater, Kinos, Sportplätze, Erholungsheime sind vorhanden. Die Mütter sind durch Erziehungsheime von ihren Mutterorgen erlöst.“

Der Pfarrer gesteht also, daß in der Sowjetunion für das Wohlergehen der Massen und besonders der Mütter alles getan wird, im Gegensatz zu den kapitalistischen Ländern, in denen das Elend immer größer wird und das werktätige Volk von Tag zu Tag mehr verelendet.

Lohn für proletarische Kinder



Vater'n wird der Lohn abgebaut — Was sagst du dazu ... ?



Hole deinen Bleistift aus der Schultasche ...

... und schreibe uns einen Brief. Er braucht nicht lang zu sein. Vergiß nicht Name, Adresse und Alter zu nennen. Ueber diese Frage wollen wir deine Meinung hören:

Vatern wird der Lohn oder die Unterstützung noch mehr abgebaut — Was sagst du dazu?

Wir wollen recht viele Briefe haben, viel mehr als voriges mal. Deshalb haben wir die Preise bedeutend erhöht. Die 20 besten Antworten werden wir prämiieren mit 20 Büchern. Diese heißen: „Die Rache des Kabanauri“, „Die Uhr“, „Pioniere“, „Eis und Unku“, „Es war einmal...“, „Das Spielbuch“ usw.

Einen Brief haben wir bereits

Manfred Bid. aus Berlin-Reinickendorf (10 Jahre) schreibt:

„Auf die neue Frage kam ich nur antworten, daß sich mein Papa das mit der Lohnsenkung nicht gefallen lassen soll. Ein Polzeihund bekommt 250 Mark pro Tag, demnach müßte mein Papa 10 Mark pro Tag verdienen, wenn wir soviel wert wären, wie ein Hund, dem wir sind 4 Personen. 4x2,50 = 10 Mark. Die Arbeiter müssen alle Kommunisten werden, dann können sie mehr verdienen und hätten auch Arbeit wie die Arbeiter in der Sowjetunion.“

Seid bereit!“

Der Brief ist ganz richtig, nicht wahr? Aber es muß mehr drin stehen. Wieviel verdient der Vater? Wie kommt Mutter mit dem Geld aus, wie kauft sie Kleidung, Stiefelsohlen usw. Und das wichtigste darf nicht vergessen werden: wir Kinder müssen Vater helfen, mehr Geld zu erkämpfen.

Wie willst du Vater helfen, mehr Lohn zu erkämpfen?

das ist die letzte Frage, die du im Brief mitbeantworten sollst.

Schreibe also den Brief,

(eines der 20 Bücher mußt du gewinnen!); unsere Adresse ist: An die Trommel, Berlin C 25, Kleine Alexanderstraße 28.



„Wir sind die erste Reihe...“

berlin, 10. 12. 31. gründeten heute neue pionierabteilung stop fichtewandsparte berlinnordost

telegramme

brunpholz in schleswig-land, 11. 12. 31. gründeten hier erste pionierabteilung in schleswig stop sind schon achtzehn pioniere.

köln, 12. 12. 31. kinderkundgebung im rosenhof und kongreg gegen kinderelend und schulabbau wegen notverordnung verboten.

berlin, 12. 12. 31. traten heute in schulstreik stop fordern wiederEinstellung zweier lehrerinnen, schulspeisung, lüftung der zimmer stop kinder der 24sten volksschule im wedding.

tönnning in schleswig, 15. 12. 31. schule wegen notverordnung geschlossen stop sollen viele kilometer weit in andere schule gehen stop sind in schulstreik getreten.

berlin, 19. 12. 31. eröffneten heute arbeiterkinderklub nordost stop klub ist knorke

berlin, 22. 12. 31. gaben heute neues zeitungsmittelt heraus stop es heißt vater streikt stop müssen alle kinder lesen stop seid bereit verlag der jugendinternationale.

Wir jungen Pioniere

Wir jungen Pioniere, Wir treten jetzt an Marschieren durch die Straßen, Die Fahne voran. Heut fehlt auch nicht einer von unserer Sch. Wir jungen Pioniere Marschieren ins neue Jahr!

Wir jungen Pioniere, Wir kämpfen vereint Mit allen Proleten Gegen den gemeinsamen Feind. Die Arbeiter winken voll Stolz und voll Freud: Ihr jungen Pioniere Seid: „Immer bereit!“

Werdet Junge Pioniere!

Werbt für eure „Trommel“! Seid bereit!

Verantwortlich: Alfred Friedrich, Berlin.



Montag, den 28. Dezember 1931.

Die Gutsbesitzer fürchten die kommunistische Presse

Der Landbesitzer hatte dem Gutsbesitzer Haase ein Grenzplan des 'Gut' überbragt, das die Nachbarn über die Nichtzahlung der rückständigen Löhne für die im letzten Sommer gebrachte. Die Notiz hatte der Löhner aber nicht umarmt. Der Gutsbesitzer bekam es mit der Angst zu tun, ließ familiäre Hofgänger kommen und versprach, daß sie alles nachgeholt bekommen. Entschuldig hatten einige Minuten später die Hofgänger das Geld in Händen. 'So', meinte der Gutsbesitzer, 'jetzt könnt ihr mich wieder ins 'Gut' legen', was auch geschah, aber nicht um zu zeigen, daß der Gutsbesitzer gar nicht so feig, sondern daß die ganze Einseitigkeit der Landbesitzer und Hofgänger und die wertvolle Hilfe der Arbeiterkorrespondenz diesen Erfolg ermöglichte.

Portfeuille, SPDler und KPD hatten sich zusammen gefunden. Alle sind jetzt in die KPD eingetreten und in den GSt und haben sich vorgenommen, die ganze Belegschaft des Gutes in dem revolutionären Landarbeiterverband zu organisieren.

Bitterfeld-Wittenberg Erwerbslose erhalten Weihnachtsbeihilfe

U.A. Holzweißig. Die Erwerbslosen von Holzweißig sollten in diesem Jahre keine Weihnachtsbeihilfe erhalten, weil sie angeblich zu hohe Unterhaltskosten erhalten. Die 'hoch' diese Unterhaltungen sind, kann man daran erkennen, daß ein lediger Erwerbsloser z. B. ganze 9 Mark pro Woche erhält. Ueber dieses Ansehen empörten sich die Erwerbslosen und etwa 200 Mann begaben sich aufs Rathaus und belagerten das Amtszimmer des Gemeindevorstehers. Dieser wußte nicht zu helfen und rief den Landrat an. Auch dieser verzögerte die Auszahlung der Beihilfe. Nun nahm ein Erwerbslosenvertreter den Hörer. Wie aber der Landrat meinte, mit dem er sprach, hängte er sofort ab. Er hält es wohl unter seiner Würde, mit einem Erwerbslosen zu verhandeln? Natürlich ist dieser Vorwand ein Sozialdemokrat. Die SPD aber die Erwerbslosen sich nicht abwenden ließen, gab der Gemeindevorsteher bekannt, daß die Erwerbslosen am Donnerstag, dem 24. Dezember, einen Vorstoß in Gutsdameren erhalten sollten, und zwar die ledigen 3 Mark, die Verheirateten 6 Mark. Damit gab sich die Erwerbslosen nicht zufrieden.

Erkalt aus der Gemeindevorsteher den Satz von 3 und 6 Mark auf 4 und 8 Mark erhöht, verließen die Erwerbslosen das Rathaus.

Zwei Mitglieder des Erwerbslosenausschusses sowie drei Erwerbslose blieben zurück, weil sie mit dem Gemeindevorsteher in einer anderen Angelegenheit noch zu verhandeln hatten. Der faktisch bekannte Gemeindevorsteher Maier, der so still und ruhig war, solange die Arbeiter nicht mehr waren, der meinte nun, die harten Mann. Er rief einen Erwerbslosen die Mühe vom Kopfe und fauchte auch die Erwerbslosenausschussmitglieder wie eine Wölfin an, ob sie denn in der Schule keinen Unterricht gelernt hätten. ... Anhand mußte Herr Maier selbst noch lernen, denn jetzt wurde er sich nicht so ruhig, sondern er wurde gegenüber benehmen. Er muß sich daran erinnern, daß er nicht der Herr, sondern ein Diener der Einwohnerheit von Holzweißig ist.

SPD-Krleger will Erwerbslose verprügeln

U.A. Holzweißig. Wie die Erwerbslosen ihre Zeitung, die 'Sungararmee', vor dem Rathaus verkaufen, boten sie in hiesiger Weise auch dem Berichterstatter der 'Freien Presse', dem altbekannten Herrn Krleger, eine Zeitung an. 'Die Sungararmee' scheint aber auf diesen Mann wie ein rotes Tuch auf den Sitter zu wirken. Er schenkt die Erwerbslosen förmlich an. 'Wenn ihr mich noch einmal damit befaßt, so zeige ich euch an!' Nicht genug damit, hat er dem Verkäufer sogar Prügel an. Er ließ es aber aus leicht erklärlichen Gründen bei dieser Drohung stehen und rief den Erwerbslosen aus: 'Ich werde dafür sorgen, daß ihr euch nicht mehr hier verkaufen dürft!' Hier hat er wieder einmal sein wahres Gesicht gezeigt, wenn es gilt, seine Klagenschilder zu denunzieren, dann sind diese Schmierereien aus der Substanz der 'Freien Presse' gleich zu haben. Weiter: Gebt diesen Kerulen die rechte Antwort. Werft die 'Freie Presse' ins Wasser und abnarrt die revolutionäre 'Freie Presse', lest erst recht 'Die Sungararmee' und den 'Klassenkampf'!

Bürgersteuer wird diktiert

U.A. Jägerndorf. Die Gemeindevorsteherung hatte die dreifache Bürger- und Biersteuer, die durch den Kreis aufgelegt worden ist, zu behandeln. Die neue Steuerbelastung wurde durch die kommunistische Fraktion sofort zurückgewiesen. Statt das Recht aus den Knochen der Bevölkerung herauszufinden, sollen diejenigen die Steuern tragen, die ein Jahresinkommen von 80 000 Mark und mehr haben. Die Vorlage wurde von der gesamten Bevölkerung einstimmig abgelehnt. Darauf erklärte der Gemeindevorsteher Schick, daß die Steuer durch einen Kommissar eingeführt werde.

Der Ankauf von 15 Morgen Land durch die Gemeinde vom Rittergut Jägerndorf wurde durch die Vertreter rückgängig gemacht.

Als letzter Punkt lag ein Schreiben der Schulbehörde vor, nach dem Lehrkräfte abgebaut werden sollen. Der Rektor schiederte die Lage. Er führte aus, daß es unmöglich sei, einen Lehrer abzubauen, im Gegenteil, man müßte die 6. und 7. Lehrstelle einfüllen. Es sind 280 Kinder vorhanden; dafür sind 7 Lehrer notwendig.

Nur die Kommunisten führen den Kampf gegen Steuerläsen und Schulabbau.

Mansfeld-Sangerhausen Spott und Hohn für die Erwerbslosen

U.A. Wansleben. Jeder ausgebeutete Erwerbslose hat als Winterhilfe von der Gemeinde eine Zentner Kohlen bekommen. Wie fragen öffentlich, was folgt denn der Gemeinde der Zentner Kohlen? Dann ist die Gemeinde noch großzügiger und gibt jedem ausgebeuteten Erwerbslosen ein Pfund Fleisch, aber nicht ohne Geld, sondern nur 30 Pfennig billiger. Sie das nicht eine Verschwendung? Das ist die Unfähigkeit der Gemeindevorsteher, das ist unter Weihnachten. Oede und leer ist es in der Proletarierhütte. Keine Arbeit, kein Geld, nichts auf dem Tisch, dazu eine kalte Stube.

Denk! dabei an die dritte Strophe der 'Internationale': 'Es zittert uns kein Hebel, wir sind fest, kein Reich und kein Erbteil, uns aus dem Elend zu erlösen, können wir nur selbst erlösen!'.

Brunfbau und Hundehütten

Aus der Sitzung des Merseburger Kreisrates

Am 22. Dezember fand nach langer Zeit eine Sitzung des Merseburger Kreisrates statt. Schon die Tagesordnung zeigte die Auswirkungen der Notverordnung. Die Mitglieder der kommunistischen Fraktion, die sie im Unfug an die letzte Sitzung eingestellt hatte auf Erhebung der Kreisrats für Wohlfahrtsangelegenheiten, hatte man nicht einmal auf die Tagesordnung gesetzt. Die meiste Zeit der Verhandlungen nahm der Bericht über die Prüfung der Durchführung des Kreisbau- und Umbau eines sowie der Planung der Tagesordnung über eine Forderung nach der dritten Notverordnung.

Beim Bericht über den Kreisbau- und Umbau kam es zu lebhaften Zusammenstößen. Kein Mensch will die Verantwortung dafür übernehmen. Herr v. Trotha verlas ein Gutachten des Mitglieds des Bauausschusses Kutsche, das die alleinige Schuld dem ehemaligen Landrat Guille gibt. Die Rechte möchte gern eine Genossenschaft über der Sache machen gegen 'marxistische Mißwirtschaft'. Der Sprecher der Kommunisten wies nach, daß vor allem die Unfähigkeit und Verantwortungslosigkeit des Prof. Kutsche die Hauptschuld trägt. Mißwirtschaft aber ist in hohem Maße der Bauat Kutsche und Koma Guille.

Es stellt sich heraus, daß die Baukosten mit mehr als 270 000 Mark überschritten sind.

Schulze hat in verantwortungsvoller Weise den Voranschlag zu niedrig angesetzt und mußte seine Autorität aus vor ungenügender Ausgestaltung. Die Rechte, die allen zugestimmt hat, wollte Enttillung über Vernehmung mimen. Es wurde hier aber einseitig geteilt, daß gerade von ihrer Seite die Landrat zu repräsentablen Eurschauen besteht. Ein Antrag des Genossen Krich im Bauausschuß, der verlangt hatte, in der Landratswohnung mehrere Beamtenwohnungen einzurichten, wurde gerade von der Rechten abgelehnt, weil man einem Landrat das nicht zu muten konnte.

Krich (SPD) sprach von einem 'marxistischen Guille'. Unter Genosse wandte sich ganz entschieden dagegen, daß Guille Marxlist sein soll, wie überhaupt die SPD den Boden des Marxismus längst verlassen hat.

Der Kampf gegen Berufs-genossenschaftsbeiträge

In Wittenberg hat der Reichsbauernbund am Montag zu einer Versammlung über die Berufs-genossenschaftsbeiträge nach der SPD eingeladen. Die 256 Bäcker, Ackerbesitzer und Kleinbauern, die bereits durch Unzufriedenheit Einpruch gegen die Berufs-genossenschaftsbeiträge erhoben hatten, waren vollständig anwesend.

EIN MUSTERBEISPIEL
BOLSCHEWISTISCHER SELBSTKRITIK:
1. Wie müssen die Schwächen im Kampf gegen die Sozialdemokratie und in der Anwendung der Einheitsfrontpolitik überwunden werden?
2. Wie muß die Lösung Volksrevolution angewandt werden?
3. Wie überwinden wir die Schwächen im Kampf gegen den Nationalsozialismus?
GENOSSE THALMANN
im Doppelheft November-Dezember
Erschienen am 1. Dezember / Trotz doppeltem Umfang alter Preis: 40 Pfennig
Lesen und werben!
DIE INTERNATIONALE
Beim nächsten Postamt bestellen!
Der schnellste und billigste Weg!

Der Genosse Krich als einziger Vertreter der kommunistischen Fraktion im Bauausschuß hatte beim Landrat schriftlich erklärt, die Sitzung zu verweigern, da er im Krankenhaus liegt und wegen seiner Erkrankung nicht anwesend sein konnte. Der Landrat bewies die Rechtschaffenheit der Kommunisten durch die Verlegung abgelehnt. Sie fürchten also die Anwesenheit der kommunistischen Vertreter. Die kommunistische Fraktion protestierte gegen die Verhandlung in Abwesenheit des Genossen Krich.

Die Kommunisten stellten in dieser Sache folgenden Antrag: 'Gegen Guille, Koma Guille und Schulze wird Strafantrag gestellt wegen Verhinderung öffentlicher Gedere. Es wird Schadenersatzklage angehängt mit dem Ziele der Eintreibung der Gelder des Kreises, die unter der gemeinsamen Verantwortung und Anweisung von Guille, Schulze und Koma Guille über den Kreisrat hinaus für den Bau des Kreisbauhauses verwendet worden sind.'

Dieser Antrag wurde gegen sechs Stimmen abgelehnt, obwohl ein Antrag der Rechten auf Einleitung des Disziplinarverfahrens mit 10 gegen 8 Stimmen.

Der ganze Kreisbau- und Umbau deckt so richtig die kapitalistische Mißwirtschaft auf: Einen Bauplatz für den Landrat, während Proleten in Hundehütten wohnen sollen, wie das der Punkt Krich und Schulze zeigen. Nur einem Drittel Morgen sollen sich die Erwerbslosen für höchstens 3000 Mark (so schätzte es die Notverordnung) eine Siedlung bauen, um sich auf dieser 'Landwirtschaft' ihre Existenz zu verbessern. Der Hauptzweck ist natürlich, ihnen dann die Verantwortung für die Mißwirtschaft zu schieben. Das wurde auch Krich und Koma Guille, Sprecher der Kommunisten aufgezeigt und die Durchführung der Notverordnung sofort zurückgewiesen. Die Vorlage wurde abgelehnt. Die SPD wollte sie dem Kreisrat auszuüben überlassen.

Die KPD hatte noch eine Entschlüsselung gegen die vierte Notverordnung eingereicht. Der Landrat lehnte es ab, sie zu lesen und darüber abstimmen zu lassen. Die Notverordnung selbst hindert uns leider daran, diese Entschlüsselung zu veröffentlichen.

Viele hatten auch ihre Frauen mitgebracht. Der Vertreter des Reichsbauernbundes verlangte es ausgeübt, in seinen Ausführungen die Verammelten so zu fesseln, daß sie nach seinem Schlußwort noch weitere Ausführungen verlangten. In der sehr regen Aussprache behaupteten sich viele Bäcker und Kleinbauern über die vollkommen ungelegene Erhebung der Beiträge. Es werden ganz willkürliche Nachforderungen für 1929 und 1930 erhoben; von vielen werden Beiträge gemindert, die gar kein Land haben, von anderen wieder, die sowohl Eigentum als auch Pachtort haben, werden die Beiträge doppelt angefordert.

Eine vorgetragene Entschlüsselung mit der Erklärung, daß die Bezahlung der Beiträge in der geforderten Höhe nicht möglich sei, und daß sich beim Versuch von Zwangsmaßnahmen alle untereinander solidarisch erklären, wurde mit großer Begeisterung einstimmig angenommen.

Es wurde ein Kommissariat von 12 Mitgliedern gewählt, dessen erste Aufgabe es ist, die Unzufriedenheiten sämtlicher Bäcker und Arbeiter unter die kommunische Entschlüsselung zu sammeln. In dem Kommissariat sind Mitglieder des Reichsbauernbundes, der Kreisgenossenschaft, der SPD, der KPD und Unorganisierte vereinigt. Eine Letterammlung zur Deckung der Unkosten ergab den Betrag von 10.02 Mark.

Nach Schluß der Besprechung traten mehrere Anwesende an den Verammlungsleiter heran und erklärten, sie würden sich sofort dem Reichsbauernbund anschließen, weil sie erkannt haben, daß hier ihre Interessen vertreten werden. Auch sei der Beitrag entsprechend niedrig, während sie im Landbund jährlich einen Beitrag von 25 Mark bezahlen müßten.

Es soll in kurzer Zeit erneut eine Besprechung stattfinden, um eine Ortsgruppe des Reichsbauernbundes zu gründen.

'Kommunisten sind Verbrecher!'

U.A. Gerbstedt. Wenn ein Landarbeiter vom Stahlhelmhaupteing Göße verprügelt wird, dann ist weit und breit kein Landarbeiter zu sehen. Wenn es aber gegen revolutionäre Arbeiter geht, dann ist der Landarbeiter Böhler zur Stelle.

In Jhlewick bei Gerbstedt sind in letzter Zeit verschiedene kleine Diebstahlsfälle vorgekommen. Unter anderem ist beim Gutsbesitzer Schumann ein etwas Geldstück gestohlen worden. Nun muß sich Schumann als Kommuniste der Schuld sein. In einem kleinen Ort ist über die Verbrecher, der nicht einer tatsächlichen Organisation angehört. Trotzdem sind die kommunistischen Stimmen bei der letzten Kreisratswahl von 1 auf 11 gestiegen. Ein paar Landarbeiter, die sich nicht alles gefallen lassen, wurden aus Straßensplatt geworfen. Bei einem von diesem machte jetzt der Oberbürgermeister Böhler eine Sauschwärmer, natürlich ohne Erfolg. Er behauptete, daß die KPD in geheimen Sitzungen und Konferenzen ihren Mitgliedern Anweisungen zum Wändern und Gehen gäbe. Trotzdem die Hausdurchsuchung erfolglos war, nahm der Landarbeiter nach dem Schumann seinen Hut mit und ließ ihn dort drei Stunden in der Kälte auf dem Platz stehen.

Der Arbeiter hat beim Landrat Koch, Eisleben, Beshmerde gegen das Vorgehen des Oberbürgermeisters Böhler eingeleitet.

Die Arbeiter werden durch solches Vorgehen der Polizei erlitten recht Vertrauen zur KPD und zur KPD gewinnen und werden sich unter deren Führung noch fester zum gemeinsamen Kampf zusammenschließen.

Delitzsch-Torgau

Wir stellen richtig

Wir hatten einen Bericht über die Revolutionsfeier in Sieha veröffentlicht. Da dieser Bericht auf Grund falscher Information zurückgenommen ist, wird mit von der Ortsgruppe Sieha ein folgende Bericht gegeben:

Es ist unmöglich, daß die Vorstände des Arbeiter-Turnvereins, Götterlich und Genossen, gegen eine Beteiligung an der Revolutionsfeier waren. Eine Mitwirkung des Turnvereins war nur deswegen nicht möglich, weil eine Umstellung im Turnwart vorgenommen wurde. Im Arbeiter-Turnverein, der mitgemacht hat, befinden sich nicht nur parteilose wie es im Bericht heißt, sondern auch kommunistische Mitglieder.

Wir freuen uns selbstverständlich, daß der Arbeiter-Turnverein seine Mitwirkung an der Revolutionsfeier nicht prinzipiell ablehnte, sondern daß sie nur aus technischen Gründen nicht möglich war. Damit nehmen wir selbstverständlich den Vorwurf, den wir dem Turnverein gemacht hatten, wieder zurück.

Aus dem Saalkreis

Vor den Kommunalwahlen

Ein ehemaliges SPD-Mitglied aus Wettin bittet um Veröffentlichung folgender Zeilen:

Je näher man der Kommunalwahlversammlung kommt, desto desto die SPD-Führer die Köpfe zusammen und beraten, wie die Stelle festzuhalten sind, die ihnen vorübernehmenden begünstigen. Im Wahllokal herrscht man trotzdem von Mitgliedern über die Bedeutung der Wahlversammlung, Front unter Führung der KPD. Damit will man nach der Manier der alten imperialistischen Kriegesberichterstattung seine eigenen Verluste verbergen.

Vor einem Jahr hatte die Stamme SPD verliert, sich einen großen Kommunisten in Wettin in die Tasche zu legen. Wir haben den jugendlichen Nacharbeitern den 'Siege' überlassen, um der Arbeiterfraktion einen Ansehensgewinn zu zeigen, daß am genossenschaftlichen Jubiläum die SPD die Schuld trägt. Dieser Ansehensgewinn ist uns gelungen. Schon nach einem Jahr sieht man die mit Sped eingeleiteten Mäuse das stinkende Schiff verlassen. Bei der bevorstehenden Wahlkampf der ausstehenden Vorstandes und Ausschussmitglieder hat die Opposition die Aufgabe, wieder Genossen in den Vorstand zu wählen, die für den wahren Genossenschaftsgedanken arbeiten, um den Konium zu einer Waffe des Klassenkampfes zu machen.

Genossen, rüht schon jetzt für die kommende Generalversammlung und quittiert für die Mitgliedschaft der SPD-Führer.

Elend der Landstraße

(Frauentorrespondenz)

Zimmerdorf. Folgender Vorfall hat sich am Montag abend im Zimmerdorfer Postamt zugetragen: Ein junger Mann, ungefähr im Alter von 28 Jahren, dem man so richtig das Elend der Landstraße anhat, hatte sich im Postamt gemeldet und war dabei eingeschlagen. Die Zeitung des Postamtes hatte nichts Günstigeres zu tun, als die Staatsmacht zur Räumung einzuführen. Der junge Mensch, der den niedergeschlagenen Eindruck machte, wurde von den Postbeamten wiederholt gefragt, ob er sich wirklich nur hätte wärmen wollen. Trotzdem der junge Mensch erklärte, daß er nicht in der Lage sei, Angehörige noch weiterzugeben, wurde er durch die Straße geleitet mit der Anweisung, sich nach Halle ins Obdachloshaus zu begeben.

Unter vielen Dankesbezeugungen entließ die Leitung des Postamtes den Jüngling. Ein nationaler Spitzer mit fätem Magen war zurückgekehrt. Herr Zimmer, ein aus Frankreich und fäleses Herr? Ist das Ihre Winterhilfe? Die fämarwirtschaften herrten des Zimmerdorfer Postamtes haben hier in aller Brutalität ihr Gesicht gezeigt.

Elend der Landstraße wird erst verschwinden, wenn die deutsche Arbeiterklasse mit dem kapitalistischen System Schluss macht.

DER ROTE STERN

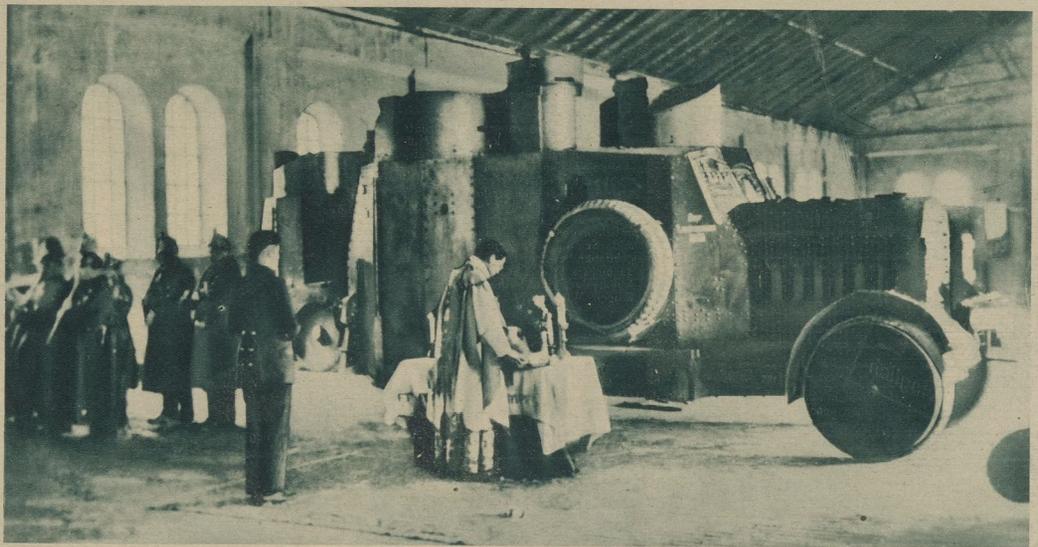
DEZEMBER 1931 / 8. JAHRGANG NR. 24



Heimarbeit – Hungerarbeit

Siehe auch Seite 4/5





Seit dem Tage, an dem die neue Notverordnung Brüning's veröffentlicht wurde, herrscht der verschärfte Ausnahmezustand in Deutschland. Alle politischen Versammlungen und Demonstrationen sind verboten. Die Polizei legt diese Bestimmung „weitherzig“ so aus, daß alle Veranstaltungen irgendwelcher proletarischer Massenorganisationen darunter fallen sollen. Die Verbreitung von Flugblättern und Flugschriften ist untersagt. Jede öffentliche Kritik an dem neuen Diktat des Brüning-Kabinetts soll unterbunden werden. Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin, Grzesinski, hat auch sofort die „Rote Fahne“ verboten. Angeblich geschieht dies alles zur „Sicherung des Weihnachtsfriedens“. In Wirklichkeit hat die Regierung nur vorausgesehen, welches Echo ihre neue Notverordnung bei dem gesamten werktätigen Volke finden würde, und versucht, dem vorzubeugen. Der „Vorwärts“ schrieb am Mittwoch zu der neuen Notverordnung: „Ihre wirtschaftlichen Diktate greifen in jeden Betrieb und in jeden Einzelhaushalt tief hinein. Ihre politischen Maßnahmen packen jeden einzelnen Menschen auch in seinen Empfindungen — beide, die wirtschaftlichen und die politischen Bestimmungen werden einen Sturm des Widerspruchs hervorrufen.“ Diesen Sturm des Widerspruchs und der tiefsten Empörung, der durch das ganze Volk geht, suchen die Regierung und ihre sozialdemokratischen Staatsstützen dadurch einzudämmen, daß sie jede öffentliche Meinungsäußerung verbieten. Werden sie vielleicht damit den Haß und die Erbitterung auslöschen können, die gerade ein solches Unterdrückungssystem im Volke auslösen muß?

... und so etwas nennt sich „Burgfrieden“
Katholischer Geistlicher segnet einen neuen Panzerwagen der Münchener Polizei



„Stille Nacht, heilige Nacht, einsam wacht . . .“



nichts für deutsche Proletenkinde...

2



... nicht alle Demonstrationen sind verboten

GEBRAUCHSGEGENSTÄNDE — LUXUSARTIKEL

**Laut NOT-
verordnung im
Preise herabgesetzt**



**HEUTE
jedem erschwinglich**

Endlich kann sich jeder der 4000 deutschen Millionäre wieder einen neuen Wagen leisten!

„Ein armes Land muß billig sein“
Brüning

Selbst ein so regierungsfrommes Blatt wie der „Vorwärts“ kann sein Mißtrauen hinsichtlich der neuen Preissenkungsaktion des Kabinetts Brüning nicht verhehlen. Wir zeigen in einer kleinen Gegenüberstellung Waren, deren Preise gesenkt wurden, und Waren, deren Preise seit einem Jahr unbekümmert um Notverordnungen und Senkungsaktionen unverändert geblieben bzw. gestiegen sind. Es wird da nicht schwer sein, herauszufinden, welche der beiden Reihen für die werktätigen Massen von Bedeutung sind.



Weizen stieg in der zweiten Jahreshälfte um 32%!



**PREISE
DER NOTZEIT
ANGEPASST**

... ja, beinahe schon so billig wie die Sklarek-Pelze!



Zucker und Getreide um fast 30% verteuert!



Gut gerüstet für die Wohltätigkeitsfeste der „Winterhilfe“



von 12,6 auf 14,6 Pf. in der Woche vom 11. bis 17. Dezember gestiegen!

50% billiger



Gute Zeiten für die Schieber, die ihr Geld bequem und sicher ins Ausland schaffen wollen

Nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamtes beteiligen sich im Haushalt des Arbeiters: Ernährung mit 50%, Wohnung mit 20%, Kleidung mit 10%, Heizung und Beleuchtung mit 6%, der Rest für Verkehr und sonstige Bedürfnisse. Die Waren mit gebundenen Preisen, zusammen mit den Mieten, machen höchstens 35 bis 40% des Arbeiterhaushaltes aus. Der Arbeiter gibt seinen Lohn hauptsächlich für Ernährung aus für landwirtschaftliche Produkte, die im Profitinteresse der Junker durch hohe Zölle vor Preis senkung geschützt sind.



... und die Kohle?





Arbeit — bis zum Grabe



Heimarbeiter-
familie in Thüringen



16 Stunden täglich — sonst reicht's nicht!



69

O, du fröhliche...!

„Von dem Anfertigen des Baumschmuckes leben Menschen das ganze Jahr hindurch. Das wollen wir nicht vergessen und getrost ein wenig mehr von dem billigen Glitzertand einkaufen, als vielleicht nötig wäre. Damit schaffen wir eine doppelte Freude: Unseren Kinder und den armen, schwerkämpfenden Glasbläsern.“ (Weltspiegel, Anfang Dez.) — Welche grausame, wenn vielleicht auch unbewußte Ironie liegt in dieser Anschauung der bürgerlichen Presse! Aber zugleich auch welche Ahnungslosigkeit in bezug auf die tatsächlichen Verhältnisse, die in den Spielwarendörfern Thüringens und des Erzgebirges herrschen: als ob ein paar mehr gekaufte Glaskugeln oder Spielwaren dem Heimarbeiter mehr Lohn einbringen! In Wirklichkeit arbeiten die Heimarbeiter bereits jetzt zwischen 14 und 16 Stunden am Tag und kommen dennoch mit ihrem Arbeitsverdienst nicht über die Höhe der Erwerbslosenunterstützung hinaus. So und soviel, die bisher Invalidenrente bezogen, dürften gar nicht über eine bestimmte Summe hinaus verdienen, weil ihnen sonst die Rente gestrichen worden wäre. Dazu kommt, daß in der Heimarbeit der Arbeiter sein Material wie Holz, Leim und Farben selbst bezahlen muß. Von dem Lichtverbrauch ganz zu schweigen! Durch diesen Mechanismus der Produktion ist es ausgeschlossen, daß er über sein Existenzminimum hinauskommt. Im schlimmsten Falle, nämlich wenn gar keine Aufträge vorliegen, bekommt er Erwerbslosenunterstützung. Aber auch dann steht er sich, wie gesagt, genau so, als ob er 14 Stunden täglich arbeitete. Den Verdienst eines gesteigerten Umsatzes schlucken lediglich die Zwischenhändler, hier „Verleger“



Weihnachten —
Für die einen Arbeit und Elend, für die andern Freude und Überfluß



Links unten: Hastig muß am Arbeitstisch das Essen geschlungen werden: immer das gleiche — Kartoffelsuppe



Lauscha, eines der typischen Spielwarendörfer Thüringens



genannt, und die Großhändler, wie etwa die bekannte amerikanische Firma Woolworth in Sonneberg (Thüringen). Von der Not, die bei den Heimarbeitern in den Spielwarendörfern herrscht, kann man sich nur einen Begriff machen, wenn man eine Zeitlang mit ihnen zusammengelebt hat. Von Jugend auf unterernährt, zum größten Teil rachitisch oder tuberkulös, in alten halbverfallenen Katen lebend, sind diese Menschen wirklich auf der untersten Stufe der Verelendung angelangt. Tagaus, tagein nichts als Kartoffeln und Quark zu Tisch, dazu ein bißchen blaue Milch.

Fieberhaft ist das Tempo, in dem von morgens bis in die tiefe Nacht hinein gearbeitet wird. Jede Familie hat ihre besondere Spezialität: Schiffchen, Engel, Krippen, Reitschulen mit Musik oder, bei den Glasbläsern in Thüringen, Christbaumkugeln oder Glasschwäne. Die gesamte Familie muß sich an der Arbeit beteiligen, von der 82jährigen Großmutter bis zu Kindern von 6 Jahren. Eigentlich ist Kinderarbeit in Deutschland unter 12 Jahren verboten. Mit drakonischen Strafen gegen die Übertretung dieses Gesetzes ist die bürgerliche Gesellschaft rasch bei der Hand. Dagegen ist es ihr völlig gleichgültig, daß die Löhne weder zum Leben noch zum Sterben ausreichen. Ein Holzschnitzer, der kleine Wägelchen mit Pferd und Kutscher anfertigt, erhält für das Dutzend 75 Pfennige, ein Artikel, der dann in Berlin im Laden pro Stück 25—30 Pfennige einbringt.

Aber die Heimarbeiter sind nicht gewillt, kamplos ihr Schicksal zu tragen. Fast in jedem Haus wird die kommunistische Presse gelesen und die Abwehr gegen den Faschismus ist so stark, daß er beispielsweise im Erzgebirge nicht wesentlich hat Fuß fassen können. Link.



Dafür hat er nun eine ganze Woche gearbeitet!



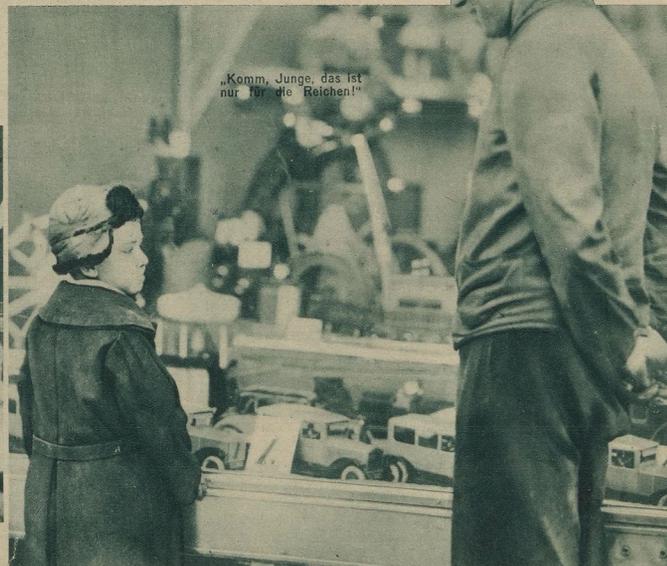
Heimarbeiterinnen beim Transport ihrer Erzeugnisse zum Großhändler was sie immer einen Arbeitstag und die Fahrt kostet



Der am meisten daran verdient: Woolworth in Sonneberg

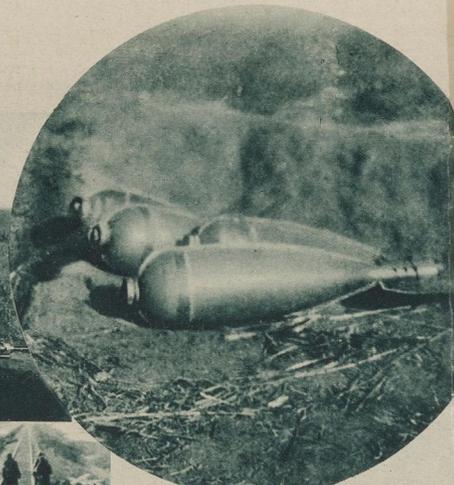


Unten: Wo man hingegen nichts von der Notverordnung spürt



„Komm, Junge, das ist nur für die Reichen!“

Friede auf Erden



Je „erfolg“reicher sich der japanische Vormarsch in der Mandchurei gestaltet, je größer der Appetit der japanischen Generale auf eine Ausbreitung der eroberten Zone wird, je mehr sich der japanische Imperialismus nicht nur auf eine Serie von Strafexpeditionen gegen „Banden“, sondern auf einen regelrechten Winterfeldzug einstellt, — um so gehobener wird die Stimmung unter den Kriegstreibern aller Nationen. Schon während der Schlacht am Noni-Fluß war an der amerikanischen Börse ein Ansteigen der Kurse von Rüstungspapieren zu verzeichnen, die gleiche Hausse in Kriegsmaterial-Aktien übertrug sich bald danach auch auf die Pariser und Londoner Börse. Nimmher ist klar festgestellt worden, daß der Konzern Schneider-Creuzot für Waffenlieferungen größeren Maßstabs an die japanische Regierung verpflichtet wurde und daß sogar Agenten dieses Konzerns (augenscheinlich um die Liefermöglichkeiten zu erweitern) an der Beeinflussung der französischen Regierung im Sinne verstärkter Unterstützung der japanischen Kriegstreiber arbeiten sollen.

Daß es sich hierbei keineswegs um eine schwierige Beeinflussung handelt, sondern daß die Stärkung des japanischen Imperialismus in seinem Interventionsmarsch gegen das chinesische werktätige Volk und gegen die Sowjetunion ganz im Sinne der allgemeinen politischen Linie des französischen Imperialismus liegt, das zeigen die nunmehr ganz unverhohlenen den japanischen Standpunkt vertretenden Äußerungen der großen Pariser Presse, das zeigen die Reden, die während der Mandchurei-Interpellation in der französischen Kammer gehalten wurden und die einen kommunistischen Abgeordneten zu der treffenden Bemerkung veranlaßten, die französischen Regierungsdeputierten benähmen sich wie Vertreter der japanischen Regierung.

Der französische bürgerliche Journalist Vautel hat die Gedankengänge des französischen Imperialismus auf eine knappe Formel gebracht und den Bedürfnissen des Spielers angepaßt:

„Was können wir dagegen haben“, ruft



Alle Segen kommt von oben
Japanische Fliegerbomben-Blindgänger
Links oben: Japanischer Sturmangriff



Abtransport gefesselter chinesischer Gefangener
Links: Das Kampfobjekt nach dem Gefecht

er aus, „daß die Japaner und Chinesen einander bekriegen, wenn dadurch Aussicht auf eine Verbesserung des Geschäftsganges in Europa besteht.“ Die Sozialfaschisten der II. Internationale unterstützen in diesem Treiben tatkräftig ihre Bourgeois-

Regierungen und sind bestrebt, die kriegerischen Ereignisse im fernen Osten durch eine wüste Antisowjethetze zu verschärfen. So verbreitet in diesen Tagen das Sekretariat der II. Internationale eine niederträchtig verlogene Resolution der Abramowitsch—Dan und Konsorten, in der es u. a. heißt:

„Die Sowjetregierung hat durch ihre Politik im Fernen Osten, in der sie nur zu oft eher in der Rolle der Nachfolgerin des zaristischen Imperialismus . . . aufgetreten ist, und namentlich durch ihre Politik im Konflikt zwischen China und der Sowjetunion im Jahre 1929 selbst zum Heraufziehen der Kriegsgefahr beigetragen, die sich jetzt über den Völkern der Sowjetunion zusammenballt.“

Die Arbeiter der Welt kennen diese Weise. Sie kennen aber auch die Herren Verfasser. Der Schwindel vom „roten Imperialismus“ verfängt nicht mehr. Weihnachten 1931 . . . Friede auf Erden? Die kapitalistische Welt starrt in Waffen! Höchste Wachsamkeit ist das Gebot der Stunde!



Minenwerfer im Graben vor der Noni-Brücke



Volltreffer! Ein Sieg der Zivilisation

mö
Gibt es da
wärtige
sind nicht
Bierbank-S
Alljährlich,
werte Juge
wanderung
wohl die k
eine gibt es
Börse.
Herr Groen
noch mehr
man uns da
würde, „Ch
So bleibt u
kulturgesch
land. Dort
Heiterkeit

Rechts: D
Er sieht au
Unten links
Unten rech
wehe dir, M



Jede
Die g
über o

Jeder b
ES IS
Der erste



... man sollte es nicht für möglich halten ...

Gibt es da in Berlin einen richtig gehenden Verein namens „Clio“, dessen größte Sorge in gegenwärtiger Zeit ist: die Pflege des deutschen Blei- und Zinnsoldaten. Die Mitglieder „Clios“ sind nicht etwa fingerlutschende Hosenmäntel, sondern zigarrenrauchende Exemplare der Gattung Bierbank-Strategie.

Alljährlich, zur „schönen“ Weihnachtszeit, stürzen sich „Clios“ Kriegshelden auf eine bedauernswerte Jugend, indem sie Ausstellungen arrangieren, in denen „historische Schlachten, Völkerwanderungen und selbst Kreuzzüge“ aufgebaut sind. Diese sonderbaren „Kulturtrier“ dürften wohl die kurioseste Spielart des Chauvinismus und preußischen Militärfimmels sein. Solche Vereine gibt es in ganz Deutschland, mit eigener Zeitung und einer Zinnsoldaten-Börse.

Herr Groener wird mit Wohlgefallen auf „Clio“ blicken. Wir würden gerne noch mehr über „Clio“ auspacken, wenn wir nicht befürchten müßten, daß man uns darauf einen Landesverrats- oder sogar Spionage-Prozess andrehen würde: „Clio“ mag also unbesorgt sein. Leipzigs Reichsjustiz wacht! So bleibt uns nur das einer die Bilddokumente sorgfältig aufzuheben für ein kulturgeschichtliches Museum im zukünftigen Arbeiter- und Bauerndeußland. Dort werden sie in der Abteilung „Spießbürger in Reinkultur“ tosende Heiterkeit erregen.

Rechts: Der Liebhaber der „dicken Berta“
Er sieht auch ganz so aus

Unten links: ... er hat's mit den Raubrittern

Unten rechts: „Clio“ schmiedet neue Schlachtpläne —
wehe dir, Moskau!



SILBENRÄTSEL NR. 22

Aus den Silben: be, da, dar, de, de, e, e, e, ed, ei, en, eu, fal, gar, ge, ge, go, han, i, ka, ke, la, len, ma, mer, na, na, ne, nel, ni, nop, pe, phi, ra, ri, ste, su, ta, ten, ter, tor, ur, vi

sind 16 Wörter zu bilden deren erste und vorletzte Buchstaben von oben nach unten gelesen, die Kampfparole der Pariser Kommune ergeben. st = 1 Buchstabe.

Die Wörter bedeuten: 1. Raubvogel; 2. Küstenlandschaft; 3. Operngestalt; 4. Körperteil der Kuh; 5. Volksbetrüger; 6. anderes Wort für Schluck; 7. Meerenge; 8. geographische Bezeichnung; 9. Knötchen in Gewebe; 10. chinesische Stadt; 11. Mädchenname; 12. männl. Vorname; 13. Gebäck (Mehrzahl); 14. Teil der Schreibmaschine; 15. Gefäß; 16. Roman von Zola.

Auflösung des Silbenrätsels Nr. 21.

1. Dwina; 2. Erde; 3. Irkutsk; 4. Traktor; 5. Tausend; 6. Ruderboot; 7. Metall; 8. Parsifal; 9. Oslo; 10. Euterpe; 11. Afrika; 12. Italien; 13. Tischtuch; 14. Insterburg; 15. Florida; 16. Ratte; 17. Skelett; 18. Tizian; 19. Urne; 20. Gedanke; 21. Eisbahn; 22. Kalender; 23. Arsenal; 24. Speicher; 25. Nikolaus; 26. Armbrust; 27. Peking; 28. Essen. — „Die Diktatur des Proletariats ist Fortsetzung des Klassenkampfes.“ Lenin.

Jeder antwortet der „Börsen-Zeitung“

Die großkapitalistische „Berliner Börsen-Zeitung“ schreibt über die Autoren der „Internationale“:

„Wenn der Bolschewik, theoretisch wird, dann hat er immer eine praktische Gemeinheit im Schilde.“

Der Klassenfeind fürchtet Verbesserung und Ausbreitung unserer revolutionären Theorie, weil „die Theorie zur materiellen Gewalt wird, wenn sie die Massen ergreift“ (Marx). Jedes Verbessern unserer revolutionären Theorie bedeutet Verbessern unserer revolutionären Taktik. Der Klassenfeind hat das erkannt. Auf seine Schimpferei gibt es nur eine Antwort:

Sofort „Die Internationale“ abonnieren

Die lebendige und aktuelle Zeitschrift für Theorie und Praxis des Marxismus Herausgegeben vom Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands

Jeder bestellt bei der Post! Postbezug ist der schnellste und billigste Weg!

ES IST ERSCHEINEN: Das erste grundlegende Werk über das Land des sozialistischen Aufstiegs

H. REMMELE: DIE SOWJET-UNION

Aus dem Inhalt des ersten Bandes: I. Kapitel: Die weltgeschichtliche Bedeutung des sozialistischen Aufbaues in der UdSSR II. Kapitel: Die Grundlagen der sozialistischen Entwicklung III. Kapitel: Die Entwicklung der sozialistischen Industrie IV. Kapitel: Die sozialistische Entwicklung des Transports V. Kapitel: Die Lage der Arbeiterklasse

Der erste Band umfaßt etwa 300 Seiten und kostet gebunden RM. 2,85

Zu beziehen durch alle Literaturverläufe, Kolportage und Buchhandlungen
VERLAG CARL HOYM NACHF., HAMBURG / BERLIN NW 6, LUISENSTRASSE 27/28



Iwano-Wosnessensk — gestern und heute!
 Der russische Kapitalismus zwang seine Textilsklaven, in furchtbaren Baracken zu hausen. Der Sozialismus führt einen erbitterten Kampf gegen Schmutz und Elend. In kurzer Zeit werden die letzten Reste der ekelhaften zaristisch-kapitalistischen Blutsaugerwirtschaft liquidiert sein. Wie dieser Kampf geführt wird, das studierst Du am besten in dem grundlegenden Werk des Genossen H. Remele: Die Sowjet-Union (siehe Inserat Seite 7)

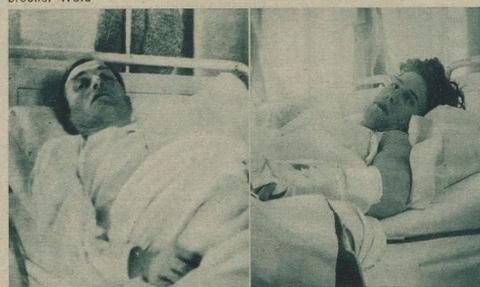


Hungermarsch in Washington
 In Washington wurden die Ausschüsse, die von den 1200 Teilnehmern am Hungermarsche aus dem ganzen Reiche gewählt worden waren, aus dem Senat, aus dem Abgeordnetenhaus und aus dem Weißen Hause hinausgeworfen. An den Stufen des Capitols stimmten sie die „Internationale“ an. In Washington ist das größte militärische Aufgebot mobilisiert, das es je in der Geschichte der Stadt dort gab: Maschinengewehre, Handgranaten, Matrosen, Kavallerie und in der Nähe Artillerie. Die Erwerbslosen forderten: Arbeitslosenversicherung sowie Winterhilfe. Unsere Bilder zeigen: Polizei-Attacken auf Delegierte der Arbeitslosen

**MIT ALLEN KRÄFTEN
 FÜR DAS AUFGEBOT
 DER HUNDERTTAUSEND**



Ein furchtbares Verbrechen aufgedeckt
 Seit Jahren hat der Jagdhüter von der Elzen an der deutsch-holländischen Grenze wahre Menschenjagden auf angebliche Schmuggler oder Wilderer veranstaltet. Mehr als 20 Morde an jungen Bauern sind bereits festgestellt. Unser Bild zeigt: Ausgrabung der Leiche des Jungbauern Roubrox im Putbrocker Wald



„Burgfrieden“. Der erste Tag begann mit einem Feuerüberfall des berühmten Charlottenburger Mordsturms 33 auf Jungarbeiter. Ein Jungarbeiter war sofort tot, mehrere schwer verletzt. — Links: Genosse Hubert Hansen, Beckenschuß; rechts: Genosse Martin Michala, Armschuß. — Auf das Konto des Nazi-Mordsturms 33 kommen bereits fünf Arbeitermorde!

Zeitschriften-Verlag Stern G. m. b. H., Berlin NW 6, Schiffbauerdamm 19 — Verantwortl. für Deutschland: Fritz Lange, Berlin-Neukölln, Thiemannstr. 15 — Rotations-Tiefdruck: R. Boll, Buchdruckerei G. m. b. H., Berlin NW 6



Klassenkampf

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf“ erscheint jeden Dienstag nachmittags, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2,50 Mark; durch die Post bezogen 2,50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft mbH, Halle, Lorenzstr. 14, Tel.: 210-45 (Abt.); 210-47 (Betriebe)

Mit der Arbeiterpartei Deutschlands
Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Stk. im Zeitstreifen. Druckkosten: Reichsbank des Sozialistischen Reiches. Adressen: Halle-Merseburger Zeitungsgesellschaft mbH, Halle, Lorenzstr. 14, Tel.: 210-45 (Abt.); 210-47 (Betriebe)

Einzelpreis 15 Pf.

Halle, Montag, 28. Dezember 1931

11. Jahrgang Nr. 244

Kriegsprovokateure sind am Wert!

Bereiteter Gesandtenmord in Moskau

Scheinattentat auf japanischen Gesandten geplant — Die tschechischen Vasallen des französisch-japanischen Imperialismus — Das internationale Proletariat muß auf der Hut sein!

Wie die amtliche Telegraphenagentur der Sowjetunion mittelt, wurde dieser Tage in Moskau eine in der Geschichte der internationalen Diplomatie beispiellose Kriegsprovokation des französisch-japanischen Imperialismus gegen das erste proletarische Land der Welt aufgedeckt, deren einziges Ziel war, den offiziellen Anlaß für den Ausbruch des Krieges zwischen Japan und der Sowjetunion zu schaffen.

Nach der Mitteilung der Telegraphenagentur der Sowjetunion hat sich am 22. Dezember der Mitarbeiter des Volkstommissionariats für Verkehrsweesen G. an das Kommando der GPU mit der Erklärung gewandt, daß er seit mehr als drei Jahren eine Detachment mit dem tschechischen Legationsrat Dr. Wanjek unterhalte, die ursprünglich auf Grund gemeinsamer Interessen für Antiquitäten zustande kam.

In der späteren Zeit hat G. Dr. Wanjek Mitteilungen über den Bau neuer Eisenbahnlinien in der UdSSR gemacht. Seit Anfang Dezember drehten sich die Gespräche nur noch über die Vorgänge in der Mandchurie.

Dabei hat Wanjek nicht weniger als dreimal dem G. den Vorschlag gemacht, einen Anschlag auf den japanischen Botschafter in Moskau zu organisieren, was unbedingt zu einem Kriege zwischen Japan und der Sowjetunion führen müsse. Dr. Wanjek hat in dem dritten Gespräch erklärt, es komme

nicht darauf an, den Botschafter zu töten, sondern es würden für den erhofften Zweck ein paar Revolverschüsse in die Scheiben des Botschafterautomobils in den Straßen von Moskau genügen.

G. erklärte in seiner Mitteilung an die GPU, er habe erkannt, „zu welcher furchterlichen Rolle eines Kriegsprovokateurs ihm sein Gesprächspartner gebrauchen wolle. „Angelehnt dieser Laitsche“, erklärt G., „entschloß ich mich, die Angelegenheit der GPU zu übergeben, um mich von der schweren Schuld loszulösen, welche ich begangen habe, indem ich mich, infolge meiner Unerfahrenheit, in eine derartige schmutzige und schändliche Arbeit gegen mein Vaterland verwickeln ließ.“

Nach Erhalt der Mitteilungen über die schon erwähnte Tätigkeit des betreffenden Mitgliedes der ausländischen Mission und nach Überprüfung einiger in der Erklärung G.s gemachter Angaben erhob das Volkstommissionariat für auswärtige Angelegenheiten beim Chef der Mission die Forderung, das betreffende Mitglied in kürzester Frist

aus der UdSSR abzurufen, da er als Inhaber der diplomatischen Immunität in der Sowjetunion nicht vor Gericht gestellt werden kann. Die Forderung des Volkstommissionariats für auswärtige Angelegenheiten über die Verberufung des Missionsmitgliedes ist erfüllt worden. Dr. Wanjek ist bereits im Ausland.

Die Tatsache, daß es sich bei dem Werkzeuge der Welt-imperialisten gerade um ein Mitglied der diplomatischen Mission der tschechisch-japanischen Regierung handelt, ist äußerst aufschlußreich dafür, daß nicht etwa nur der japanische Imperialismus, sondern wirklich der Weltimperialismus die Hand im Spiele hat. Die tschechisch-japanische ist ökonomisch, politisch wie militärisch auf das engste mit dem französischen Imperialismus verbunden, der wiederum wie jetzt gerade die Vorkühlerhandlungen über den mandchurischen Konflikt gesetzt haben, zu den eifrigsten Verteidigern der Haltung Japans in Genf gehörte.

Uebrigens hat die tschechisch-japanische Bourgeoisie ein direktes Interesse an der Ausdehnung des japanisch-mandchurischen Konflikts zu einem russisch-japanischen Krieg. Der größte Auktionsbetrieb der tschechisch-japanischen, die Suda-Werke, macht bereits seit Beginn des japanischen Ueberfalls auf die Mandchurie glänzende Geschäfte. Aber nicht nur die Suda-Werke, auch die Maschinenfabrik, die mit ihnen eng verbundenen französischen Schneider-Kreuzer-Werke liefern ununterbrochen Waffen für den japanischen Imperialismus. Wäre der verbrecherische Anschlag geglückt, der nur an der Wachsamkeit der GPU gescheitert ist, stünde die Welt heute in Flammen!

Für die Arbeiterklasse der ganzen Welt ist dieser neue Beweis der atollen Kriegesgefahr gegen die Sowjetunion ein Alarmsignal, die Wachsamkeit der Arbeitermassen in allen Ländern zu verdoppeln und die Bereitschaft zur Verteidigung des Vaterlandes aller Werktätigen gegen den blutigsten Imperialismus zu verstärken.

Den Kriegsherrn, den Waffenfabrikanten, den Todfeinden der Sowjetunion und der internationalen Arbeiterklasse ist ein verzweifelter Anschlag mißglückt. Es wird nicht der letzte Versuch sein.

Seid auf der Hacht!

Chemie-Proleten

Chemie-Konferenz appelliert an alle Chemie-Arbeiter

Halle, 28. Dezember.

Gestern tagte hier eine Delegierten-Konferenz für die chemische Großindustrie. Die Konferenz beschäftigte sich mit dem ungeheuerlichen Lohnabbau, der am 1. Januar in Kraft treten soll und sollte einstimmig den Beschluß, einen Appell, den wir in seinem wichtigsten Teil nachstehend abdrucken, noch einmal an alle Ausgeborenen in den Chemiefabriken herauszugeben. In diesem Kampfappell heißt es:

„In der Stunde größter Gefahr für das Proletariat wenden sich die Delegierten der mitteleuropäischen Chemie-Konferenz an alle Kollegen und Klassengenossen.“

Es ist genug des Hungers! Wir können keinen Pfennig Lohnabbau mehr ertragen. Am 25 Prozent Ingehalt und in allen — nach dem Willen der Chemiefabrikanten — wiederum unsere Löhne gekürzt werden durch Schlichterdistrik, durch tappensweißen Abbau der Tariflöhne, durch Befestigung der Prämien und der letzten Reste der Belegschaftszulage.

Neue Rationalisierungsmethoden, weitere Massenentlassungen offen den Kapitalisten der IG trotz der gewaltigen Wirtschaftskrise ihre Kitzelprofile sichern.

Die roten Betriebsräte des Leuna-Werkes und die Betriebsräte anderer chemischer Großbetriebe haben mit Recht eben den Lohnabbau abgelehnt. Sie lehnen auch mit Recht jede Verhandlung darüber ab, weil sich durch Verhandlungen kein Lohnabbau verhindern läßt. Die bürgerliche Methode gegen den Lohnabbau, gegen die Kapitalisten besteht die Arbeiterklasse selbst.

Nur sind die Fronten. Die Gewerkschaftsführer der realen Gewerkschaften werden nicht zum Streik aufrufen. Sie bevorzugen ja Brüning und leisten der Durchführung der vierten Lotterverordnung aktive Hilfe. Sie werden sich auch diesmal hinter dem Rücken des Schlichters verstecken. Sie werden auch diesmal ihren rabulösen Methoden nicht die geringsten Taten folgen lassen. Einseitig kann nicht von und mit den Gewerkschaftsführern in der Arbeiterklasse kommen. Die rote Front, die Kampfeinheit wird nur von unten durch uns selbst geschaffen.



Dürenberg: Am Dienstag, dem 29. Dezember, 20 Uhr, „Kronprinz“.
Merseburg: Am Mittwoch, dem 30. Dezember, 20 Uhr, „Bürgerhof“.
Weißenfels: Am Sonnabend, dem 2. Januar, 20 Uhr, „Friedl“.
Eintritt überall nur gegen Leuna-Ausweis!

Erwerbslose im Rathaus!

(Eig. Bericht.) Holzweißig, 28. Dezember.

Kurz vor den Feiertagen bemühte sich der heilige Erwerbslosen eine große Empörung, weil es hoch, daß sie keine Winterbeihilfe erhalten. Eine 200 Erwerbslose begaben sich ins Rathaus und verhandelten mit dem Gemeindevorsteher. Der Gemeindevorsteher sah sich letzten Endes veranlaßt, die Anweisung auf Zahlung eines Vorkusses in Form von Gutscheinen zu geben, und zwar in Höhe von 4 Mark an die Ledigen und 8 Mark an die Verheirateten.

Der „Weihnachtsburgfrieden“

Arbeiter erschossen und schwer verletzt

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Dezember.

In Schwante bei Kremmen kam es während einer Stahlfabrikantenveranstaltung gestern zu Zusammenstößen mit Arbeitern. Dabei wurden von der eingetragenen Polizei ein Arbeiter getötet und ein zweiter schwer verletzt.

(Eig. Drahtm.) Berlin, 28. Dezember.

Der „Tag“ meldet, daß es in Breslau zu Zusammenstößen zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten gekommen ist, wobei ein Nationalsozialist schwer und vier weitere Personen leicht verletzt wurden.

„Heiliger Abend“ und Erwerbslose

Wir haben Mitteilungen darüber erhalten, daß am sogenannten „heiligen Abend“ Erwerbslose ihre Meinung über das Weihnachtsfest auf den Straßen durch Sprüche immer wieder zum Ausdruck brachten. Auch in Halle und Ammendorf ereigneten sich solche Kundgebungen. Zu besonderen Zwischenfällen ist es, obwohl die Polizei alarmiert wurde, anlässlich dieser Kundgebungen nirgends gekommen.